

**Universität Pardubice  
Philosophische Fakultät**

**Die Europäische Integration und der Weg Europas zur Osterweiterung**

**Silvie Garguláková**

**Bachelorarbeit  
2008**

Prohlašuji:

Tuto práci jsem vypracovala samostatně. Veškeré literární prameny a informace, které jsem v práci využila, jsou uvedeny v seznamu použité literatury.

Souhlasím s prezenčním zpřístupněním své práce v Univerzitní knihovně Univerzity Pardubice.

#### Danksagung

Ich möchte mich bei dem Betreuer meiner Bachelorarbeit PhDr. Jan Čapek, Ph.D. für seine wertvollen Ratschläge bedanken.

27. březen 2008

.....  
Silvie Garguláková

## **Abstrakt**

Diese Bachelorarbeit befasst sich mit dem Thema „Die Europäische Integration und der Weg Europas zur Osterweiterung“. Darin werden zunächst die Anfänge des europäischen Integrationsprozesses erwähnt. Weiterhin werden die einzelnen Erweiterungsphasen der Europäischen Gemeinschaften erläutert. Besondere Aufmerksamkeit wird der Osterweiterung gewidmet.

Außerdem beschäftigt sich die Arbeit mit der Bildungspolitik der EU und mit einer Untersuchung der Erfahrungen der Hochschulstudenten mit dem europäischen Bildungsprogramm Erasmus. Die Ergebnisse dieser Studie sollten den künftigen Studenten von Nutzen sein.

Diese Bachelorarbeit gewährt eine Fülle von abgerundeten Informationen über die europäische Integration und sollte die Gedanken über die Zukunft Europas wecken.

## **Abstract**

This bachelor thesis is concerned with the issue of European integration and a path to eastern enlargement. First of all, the thesis tells about the process of European integration, then explains the particular phases of an enlargement of the European Community. A special attention is paid to the eastern enlargement.

Besides that, the thesis treats an educational policy of the European Union and also a survey carried out among university students and focused on their experience with European education program Erasmus. The results of this study are supposed to be helpful for prospective students.

This bachelor thesis offers a lot of basic information on European integration and is designed to raise interest in a future of the European Union.

## **Abstrakt**

Tato bakalářská práce se zabývá tématem „Evropské integrace a cesty Evropy k rozšíření na východ“. Práce nejdříve zmiňuje počátky procesu evropské integrace, dále vysvětluje jednotlivé fáze rozšiřování Evropských společenství. Zvláštní pozornost je věnována východnímu rozšíření.

Mimoto se práce zabývá vzdělávací politikou EU a výzkumem zkušeností vysokoškolských studentů s evropským vzdělávacím programem Erasmus. Výsledky této studie by měly být užitečné budoucím studentům.

Tato bakalářská práce poskytuje množství základních informací o evropské integraci a měla by vzbudit myšlenku o budoucnosti Evropy.

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	6
1. Einleitung .....	8
2. Anfänge der europäischen Integration .....	9
2.1. Ausgangslage nach dem 2. Weltkrieg.....	9
2.1.1. Der Europa-Kongress von Den Haag .....	15
2.2. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl .....	11
2.3. Europäische Verteidigungsgemeinschaft .....	11
2.4. Europäische Politische Gemeinschaft .....	11
3. Die Römischen Verträge .....	13
3.1. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft .....	13
3.2. Europäische Atom(energie)gemeinschaft .....	14
3.3. Europäische Freihandelsassoziation.....	14
3.4. Erste Krise der EWG.....	14
4. Erweiterungsphasen der Gemeinschaft .....	16
4.1. Erste Erweiterungsphase – Westerweiterung.....	16
4.1.1. Die Haager Gipfelkonferenz .....	18
4.1.2. Wirtschafts- und Währungsunion .....	19
4.1.3. Zweite Krise der EG .....	19
4.2. Zweite Erweiterungsphase – Süderweiterung.....	20
4.2.1. Genscher-Colombo Initiative und „Feierliche Deklaration“ .....	20
4.2.2. Einheitliche Europäische Akte .....	21
4.2.3. Der Brüsseler Sondergipfel.....	22
4.2.4. Griechenland (1981) .....	23
4.2.5. Spanien und Portugal (1986) .....	24
4.3. Dritte Erweiterungsphase – Norderweiterung.....	25
4.3.1. Der Europäische Wirtschaftsraum .....	25
4.3.2. Umbruch im Osten.....	26
4.3.3. Österreich, Finnland, Schweden (1995) .....	26
5. Osterweiterung .....	29
5.1. Maastrichter Vertrag – Geburt der Union .....	30
5.2. Europa-Abkommen .....	31
5.3. Das Kopenhagener Gipfeltreffen .....	32
5.4. Amsterdamer Vertrag .....	32
5.5. „Agenda 2000“ .....	33
5.6. Das Luxemburger Gipfeltreffen.....	34
5.7. Das Gipfeltreffen von Helsinki .....	34
5.8. Vertrag von Nizza .....	34
5.9. Das Gipfeltreffen von Kopenhagen .....	35
5.10. Schlussfolgerungen .....	36
6. Bildungspolitik der Europäischen Union .....	37
6.1. Finanzierungsprogramme der EG / EU bis 2007 .....	38
6.2. Finanzierungsprogramme der EU ab 2007 .....	41
6.3. Erasmus Student Network.....	41
7. Projektarbeit: Erfahrungen und Erlebnisse der Hochschulstudenten aus dem Auslandsaufenthalt .....	43
7.1. Einführung in die Problematik .....	43
7.2. Ziele der Untersuchung .....	43

7.3. Methode der Studentenauswahl für die Untersuchung .....	44
7.4. Vorbereitung und Verlauf der Untersuchung.....	44
7.5. Untersuchungsauswertung .....	45
7.6. Erfahrungen und Erlebnisse der tschechischen Hochschulstudenten .....	45
7.7. Mehrwert eines Auslandsaufenthalts .....	51
7.8. Beschlüsse und Empfehlungen .....	53
8. Resümee .....	54
9. Résumé.....	55
Abkürzungverzeichnis.....	56
Quellenverzeichnis.....	57
Anlage .....	59

# **1. Einleitung**

Die europäische Einigung hat eine lange Tradition. Sogar Georg von Podiebrad hatte die Idee eines gemeinsamen Europas. Für solche mutigen Versuche war Europa damals aber noch nicht politisch reif. Erst nach der Erfahrung mit den zwei Weltkriegen im 20. Jahrhundert entschieden sich einige europäische Politiker über die Zusammenarbeit in Europa wirklich zu verhandeln. Nach dem 2. Weltkrieg kamen erste Verhandlungen über die Integration in Europa zustande.

Der erste Teil dieser Bachelorarbeit beschäftigt sich mit den Anfängen der europäischen Integration nach dem 2. Weltkrieg und den ersten Verhandlungen zwischen den Gründungsstaaten, die zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), resp. der Europäischen Gemeinschaft (EG), resp. der Europäischen Union (EU) führten.

Der zweite Teil dieser Arbeit befasst sich mit dem Prozess der europäischen Integration seit den 50er Jahren. Es werden einzelne Erweiterungsphasen der Europäischen Gemeinschaft (EG) / Europäischen Union (EU) dargestellt und näher beschrieben. Es geht vor allem um eine räumliche Erweiterung der EG / EU. Deshalb spricht man von der West- (1973), Süd- (1981, 1986) und Norderweiterung (1995). Der Osterweiterung (2004) ist eine besondere Aufmerksamkeit im dritten Teil der Arbeit gewidmet.

Vordergründiges Anliegen des letzten Teils sind die Ergebnisse einer Projektarbeit, die ich selbst durchführte. In dieser Studie konzentriere ich mich auf die Entwicklung der europäischen Bildungspolitik und auf das europäische Bildungsprogramm Sokrates-Erasmus. Ziel dieser Studie war, die Erfahrungen und Erlebnisse der tschechischen Hochschulstudenten objektiv zu beschreiben und zu verallgemeinern. Die Ergebnisse haben einen Informationscharakter.

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, einem uneingeweihten Menschen eine Fülle von abgerundeten Informationen zu gewähren, damit er sich sein eigenes Bild über die Umstände der europäischen Einigung bilden kann. Der Text sollte auch das Interesse an der europäischen Integration und die Gedanken über die Zukunft Europas wecken.

## **2. Anfänge der europäischen Integration**

Die Geschichte des Gedankens der europäischen Einigung ist sehr lang. Die ersten Themen über die Einigung Europas entstanden im 13. Jahrhundert an den bedeutendsten Universitäten in Europa. Auch der tschechische König Georg von Podiebrad hatte im 15. Jahrhundert die Idee eines gemeinsamen Europas. Er legte sogar einen konkreten Plan der Einigung Europas mit dem Zentrum in Basel vor. Dieser Versuch war aber erfolglos und Georg von Podiebrad wurde aus der katholischen Kirche exkommuniziert. Damit verlor er viele Befugnisse.

Bekannt sind auch die Verhandlungen zwischen Frankreich und Großbritannien über eine Konföderation nach dem 1. Weltkrieg. Sie stützte sich auf den Freihandel zwischen den beiden Staaten. Frankreich lehnte diesen Vorschlag aber ab.

### **2.1. Ausgangslage nach dem 2. Weltkrieg**

Nach dem Kriegsende befand sich Europa im Zerfall. Die europäischen Mächte verloren im Krieg ihre Bedeutung und suchten nach einer neuen Identität. Als Ausgangspunkt sollte der Gedanke der Einigung Europas sein. Die Motive der europäischen Integration konzentrierten sich auf fünf Punkte:

- Verlust der Stellung einzelner Staaten in Europa und Wunsch nach einem demokratisch verfassten Europa.
- Wunsch nach einer dauernden Sicherheit – das geeinte Europa sollte einen dauerhaften Frieden und einen Schutz vor der Gefahr totalitärer Systeme gewähren.
- Sehnsucht nach Freiheit und einem „normalen“ Leben – man wünschte sich freie Bewegung von Personen, Informationen und Ware.
- Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wohlstand – das geeinte Europa sollte zur wirtschaftlichen Stabilität und Prosperität führen. Ein gemeinsamer Markt sollte den Handel fördern.
- Gestaltung gemeinsamer Macht in Europa – die westeuropäischen Staaten hofften, dass sie gemeinsam durch die Einigung mehr Macht in der Welt gewinnen.

Mit diesen Zielen begannen die europäischen Politiker ihre ersten Verhandlungen über die gemeinsame Zukunft Europas. Der erste Schritt wurde von Winston Churchill am 19.9.1946 in Zürich verwirklicht. Er hatte eine Vision der *Vereinigten Staaten von Europa*. Es handelte

sich um eine beitriftswillige Gemeinschaft europäischer Staaten unter der Führung Frankreichs und Deutschlands. Aus seinen Aussagen war aber nicht ganz klar, ob er auch mit der Teilnahme Großbritanniens an diesem Projekt rechnet, was von den europäischen Staaten negativ wahrgenommen wurde.

Die europäische Einigung verstärkten auch der sich 1948 verschärfende Ost-West-Konflikt und das beträchtliche Interesse der USA am vereinigten Europa, weil sie den Marshall-Plan finanzierten und zugleich Bedingungen der Zusammenarbeit bestimmen möchten.

Im Zusammenhang mit der Durchführung des Marshall-Plans gründeten die europäischen Länder im April 1948 die *Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC – Organization for European Economic Cooperation). Sie bestand aus 17 Mitgliedern. Die OEEC sollte eine Grundlage für den ökonomischen Wiederaufbau Europas schaffen. Es handelte sich überhaupt nicht um eine politische Zusammenarbeit, weil die Nationalstaaten auf ihre Befugnisse nicht verzichten wollten. Zum Beispiel Großbritannien wollte keine festen Beziehungen mit den Kontinentalstaaten knüpfen.

### ***2.1.1. Der Europa-Kongress von Den Haag***

Der Europa-Kongress von Den Haag forderte im Mai 1948 die Gründung des Europarates. Es nahmen daran ungefähr 800 an der Integration beteiligten Delegationen aus verschiedenen Ländern Europas teil. Anwesend waren hier auch die Politiker wie Robert Schuman, Paul-Henri Spaak, Alcide de Gasperi, Konrad Adenauer und der Vorsitzende Winston Churchill. Dieser Kongress war die Geburtsstunde der Europäischen Bewegung.

Der Europarat wurde durch fünf Gründungsstaaten (Großbritannien, Frankreich und drei Beneluxstaaten) konstituiert. Dazu traten noch Norwegen, Dänemark, Schweden, Irland und Italien bei. Es gab einen intensiven Kampf innerhalb der Institution. Der zentrale Streitpunkt war die Frage der Souveränität der Nationalstaaten. Das Problem war, wie im Fall der Vereinigten Staaten von Europa, die Mitgliedschaft Großbritanniens. Deshalb wurde es nach einem neuen Führungsstaat gesucht. Die USA schlugen Deutschland vor, aber die Mitgliedstaaten lehnten diesen Vorschlag ab. Als zweite Möglichkeit wurde Frankreich aufgenommen. Zum Vorsitzenden wurde General Charles de Gaulle. Während des französischen Vorsitzes setzte den Integrationsprozess der französische Planungskommissar

Jean Monnet durch. Er bereitete den Integrationsprozess mit dem gleichberechtigten Deutschland vor.

Im Jahr 1949 wurden die Besatzungszonen aufgelöst und Deutschland wurde zum selbstständigen Staat. Zum Präsidenten wurde Konrad Adenauer benannt.

## **2.2. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl**

Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) wird auch als sog. Montanunion genannt. Sie entstand am 18.4.1951 auf Initiative des französischen Außenministers Robert Schuman (sog. Schuman-Plan). Den Vertrag über die Montanunion unterzeichneten sechs Staaten (Frankreich, Deutschland, Italien, Beneluxstaaten) und er trat am 23.7.1952 in Kraft. Großbritannien trat wieder nicht bei. Die Montanunion setzte das Ziel fest, ein gemeinsamer Markt für Kohle und Stahl zu schaffen und damit eine gemeinsame Planung, Produktion und Kontrolle dieser Grundstoffe zu ermöglichen. Das war besonders wichtig für Frankreich, weil es deutsche Bedrohung befürchtete. Der Bundesrepublik Deutschland wurde damit eine Möglichkeit gegeben, auf der internationalen Ebene Verhandlungen zu führen.

Es ist erstmals eine supranationale Organisation auf der politischen Grundlage gelungen. Zum Vorsitzenden wurde Jean Monnet.

## **2.3. Europäische Verteidigungsgemeinschaft**

Die Vertreter der Mitgliedstaaten der EGKS unterzeichneten am 27.5.1952 den Vertrag zur Etablierung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Die Grundidee kam vom französischen Premierminister René Pleven (sog. Pleven-Plan), der eine gemeinsame europäische Armee und ein europäisches Verteidigungsministerium anstrebte. Dieser Plan war aber nur mit der amerikanischen Hilfe unter der Führung des Generals Eisenhower zu verwirklichen.

## **2.4. Europäische Politische Gemeinschaft**

Auf Grund der gelungenen Teilintegration der EVG begannen die Vertreter der Mitgliedstaaten der EGKS über eine Ergänzung durch eine politische Integration zu verhandeln. Am 10.9.1952 beschlossen sie sich, die Verfassung für die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) auszuarbeiten. Diese neu zu schaffende Organisation sollte für

Montanbereich, Verteidigungsfragen und Außenpolitik der Mitgliedstaaten zuständig sein. Binnen zwei Jahren sollte es noch zu einer Vereinigung der drei Organisationen (EGKS, EVG, EPG) kommen.

Der EPG-Vertrag wurde von den Vertretern der Montanunion im März 1953 gebilligt. Bei den Verhandlungen der Außenminister kam es jedoch nicht zur Einigung, weil Frankreich den Umfang des nationalen Souveränitätsverzichts nicht akzeptierte. Demzufolge scheiterte das Projekt der EPG und zugleich wurde die EVG aufgegeben. Es wurde von den Vertretern der Montanunion nur eine Zusammenarbeit auf der wirtschaftlichen Ebene bevorzugt.

Im Jahr 1955 gab Jean Monnet seine Funktion in der Montanunion auf. Im gleichen Jahr entstand unter Paul-Henri Spaak der Spaak-Ausschuss, der sich mit der Belegung der Integration in Europa beschäftigte. Es kam zur Auseinandersetzung zwischen Jean Monnet und dem Spaak-Ausschuss über Funktionen der europäischen Institutionen.

---

°  
Quellen:

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z, Baden-Baden, 2005.

Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Reclam, Stuttgart 2002.

Fiala, Petr / Pitrová, Markéta: Rozšiřování ES / EU, Masarykova univerzita v Brně, Brno 2003.

### **3. Die Römischen Verträge**

Noch im Jahr 1955 fand die Konferenz der Vertreter der Montanunion in Messina über die Integration weiterer Bereiche statt. Die Grundlage für diese Verhandlung gab der Spaak-Ausschuss. Daraus entstanden dann die Römischen Verträge, die zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Euratom führten. Sie wurden am 25.3.1957 unterzeichnet und traten am 1.1.1958 in Kraft.

Die EWG und Euratom waren politisch miteinander eng verknüpft. Die Interessen der beiden Organisationen wurden in einen politischen Zusammenhang gestellt. Das bedeutet zum Beispiel, dass Euratom nur gelingt, wenn der gemeinsame Markt realisiert wird. An der Gründung dieser Organisationen wurde Großbritannien noch nicht beteiligt.

Die Organe der EGKS, der EWG und der Euratom wurden im Jahr 1967 integriert.

Die Römischen Verträge gelten grundsätzlich auch in der heutigen Zeit.

#### **3.1. Europäische Wirtschaftsgemeinschaft**

Die Hauptziele der EWG waren die Gestaltung einer Zollunion, die die Handelshemmnisse abbauen und den gemeinsamen Außenzoll ermöglichen würde und weiter die Gestaltung eines gemeinsamen Marktes mit dem freien Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr. Die Organisation wurde von der Montanunion übernommen – es wurde zum Beispiel die Kommission eingerichtet. Sie entschied über alle Angelegenheiten in der ganzen EWG außer der Kohle, dem Stahl und der Atomenergie.

Die EWG besaß anfangs nicht die Kompetenz die europäische Bildung zu beeinflussen. Dennoch enthielt der EWG-Vertrag Regelungen zum Bildungswesen der Mitgliedstaaten.

Zum Jahresbeginn 1958 wurden die Zölle gesenkt und gleichzeitig die Handelshemmnisse beseitigt. Der innergemeinschaftliche Handel und der Warenaustausch mit Drittländern verzeichneten ein deutliches Wachstum. Diese steigende wirtschaftliche Prosperität erweckte bei zahlreichen Staaten Interesse an der Zusammenarbeit mit der EWG, also entstanden erste Beitrittsanträge und Assoziierungsabkommen.

### **3.2. Europäische Atom(energie)gemeinschaft**

Das Hauptmotiv zur Entstehung der Euratom war die Förderung der Nuklearindustrie und der friedlichen Nutzung der Atomenergie in sechs Mitgliedstaaten. Es wurde auch die Kommission der Euratom eingerichtet.

### **3.3. Europäische Freihandelsassoziation**

Im Jahr 1960 entstand aufgrund des Stockholmer Vertrags die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA – Kurzwort für engl. European Free Trade Association) als ein Konkurrenzprojekt zur EWG. Die Gründungsstaaten waren Großbritannien, Dänemark, Norwegen, Schweden, Österreich, Portugal und die Schweiz. Es folgten Finnland (1986), Island (1970) und Liechtenstein (1991). Sie hatten das Ziel, eine Zollunion zu schaffen und damit das wirtschaftliche Wachstum zu sichern. Im Unterschied zur EWG war der gemeinsame Markt geographisch zersplittert, was zu bedeutenden ökonomischen Problemen führte. Trotzdem gelang es, die Zollunion für Industrieware zu vereinbaren.

Im Jahr 1961 versuchten einige Staaten von EFTA die Beitrittsanträge in die EWG einzureichen. Die Anträge von Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen wurden angenommen (siehe Kapitel 4.1.).

### **3.4. Erste Krise der EWG**

In den 60er Jahren kam es zur ersten politischen Krise in der Gemeinschaft<sup>1</sup>. Bei der Realisierung der Römischen Verträge zeigten sich viele Schwierigkeiten. Deshalb kam es zur Lösung, eine Wirtschafts- und Währungsunion in der Zukunft zu gestalten.

Frankreich verursachte viele Probleme durch seine antiamerikanische Stellungnahme. Der französische Präsident Charles de Gaulle strebte nach der Führung der EWG und nach der Verstärkung der europäischen Verteidigungsprojekte ohne die USA. Er setzte die Herstellung einer Atombombe auf dem französischen Gebiet durch.

---

<sup>1</sup> „Gemeinschaft“ – gemeinsamer Begriff für die EWG, EG, EU

Die Fouchet-Pläne (benannt nach dem französischen Diplomaten Christian Fouchet) sollten eine lockere politische Abstimmung in der EWG ermöglichen. Nachdem die EWG-Mitgliedstaaten sich 1962 nicht über den Beitritt Großbritanniens einigen konnten, waren damit die Fouchet-Pläne gescheitert. De Gaulle lag sein Veto gegen den Beitritt Großbritanniens wegen seiner mangelhaften Entwicklung ein. Nach der Ablehnung Großbritanniens zogen auch Irland, Dänemark und Norwegen ihre Beitrittsanträge zurück (siehe Kapitel 4.1.).

Frankreich machte weiter seine „Politik des leeren Stuhls“ geltend, indem es an den EWG-Sitzungen nicht teilnahm. Es wurde damit dem Konsens in kontroversen Angelegenheiten verhindert. Frankreich strebte dadurch nach einem organisatorischen Umbau der EWG. Der nächste Schritt war der deutsch-französische Freundschaftsvertrag (1963). Adenauer und de Gaulle hatten die Absicht, eine politische Zusammenarbeit zu schaffen. Diese Verbindung sollte zum Motor der politischen Integration Europas werden.

Das nächste bedeutende Problem der 60er Jahren stellte auch die Agrarpolitik vor. In diesem Bereich setzte Charles de Gaulle die Dotationspolitik durch.

## **4. Erweiterungsphasen der Gemeinschaft**

In diesem Teil der Bachelorarbeit werden die einzelnen Erweiterungsphasen der Europäischen Gemeinschaft (EG) / Europäischen Union (EU) dargestellt und näher beschrieben. Es geht vor allem um eine räumliche Erweiterung der EG / EU: im Jahr 1973 traten zur Gemeinschaft Großbritannien, Irland und Dänemark bei, im Jahr 1981 noch Griechenland und fünf Jahre später wurden Spanien und Portugal aufgenommen. Im Jahr 1995 wurden zu Mitgliedern der EU Finnland, Schweden und Österreich. Deshalb spricht man hier über die West- (1973), Süd- (1981, 1986) und Norderweiterung (1995).

Der Osterweiterung durch zehn Staaten Mittel- und Osteuropas im Jahr 2004 ist eine besondere Aufmerksamkeit im 5. Kapitel gewidmet.

### **4.1. Erste Erweiterungsphase – Westerweiterung**

Die erste Erweiterung durch Großbritannien, Irland und Dänemark kam am 1.1.1973 zustande, 16 Jahre nach dem Abschluss der Römischen Verträge.

Im Jahr 1961 änderte Großbritannien seine außenpolitische Stellung und äußerte sein Interesse an der Mitgliedschaft in der EWG. In derselben Zeit deklarierten auch Irland, Dänemark und Norwegen ihr Interesse an der Mitgliedschaft. Danach reichten die vier Staaten ihre Beitrittsanträge in die EWG ein.

Großbritannien verlangte in seinen Forderungen ein Assoziierungsabkommen der EWG mit den anderen EFTA-Staaten. Die EWG-Kommission zuließ, dass ein bestimmtes Maß von Flexibilisierung notwendig sei. Trotzdem waren die Verhandlungen über zahlreiche Probleme Großbritanniens schwierig und kompliziert. Es gelang aber, die Probleme schrittweise zu lösen. Das größte Hindernis des britischen Beitritts war der französische Präsident de Gaulle. Im Jahr 1963 lag er sein Veto gegen die EWG-Mitgliedschaft Großbritanniens ein. Seiner Meinung nach unterschieden sich die britischen Traditionen, der Charakter und die Interessen von denen, die die Kontinentalstaaten hatten.

Das französische Veto galt nicht für die drei übrigen Antraggeber. Sie waren aber nicht vorbereitet ohne Großbritannien nach der EWG-Mitgliedschaft zu streben und zogen ihre Beitrittsanträge zurück.

Für Irland war die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EWG von großer Bedeutung, weil es enge Beziehungen mit Großbritannien hatte. Die EWG-Kommission wies auf wesentliche Probleme mit der Industrie und mit dem Neutralitätsstatut Irlands hin.

Dänemark bevorzugte gegenüber Großbritannien und Irland eine Zusammenarbeit mit den nördlichen Ländern. Es nahm auch an der OEEC in den 50er Jahren teil und hatte enge ökonomische Beziehungen mit Großbritannien und Deutschland. Sein erster Beitrittsversuch wurde nur als ein ökonomischer Vorteil verstanden, weil Dänemark seine zwei wichtigsten Märkte verbinden möchte.

Die Frage des britischen Beitritts kam in den Vordergrund wieder im Jahr 1964 im Zusammenhang mit der neuen britischen Regierung. Im Jahr 1967 wiederholte der britische Premierminister den Beitrittsantrag in die EG<sup>2</sup>. Ihr Interesse an der EG-Mitgliedschaft behaupteten wieder Irland, Dänemark und Norwegen. Die Stellungnahme des französischen Präsidenten de Gaulle zur britischen Mitgliedschaft blieb kritisch wie in den Jahren 1961 – 1963. Kurz nach dem Beginn der Beitrittsverhandlungen nutzte der französische Präsident zum zweitenmal sein Vetorecht gegen die EG-Mitgliedschaft Großbritanniens aus. Seine Argumente konzentrierten sich vor allem auf die schwierige ökonomische Situation Großbritanniens. Die anderen EG-Mitgliedstaaten waren durch das französische Veto stark enttäuscht. Es schob auch den Beitritt von den drei Kandidaten hinaus.

Im Fall Irlands und Dänemarks fand die EG-Kommission keine ernsten Probleme, die dem Beitritt verhindern könnten. Nach dem französischen Veto war Irland nicht bereitwillig weitere Beitrittsverhandlungen selbstständig zu führen und Dänemark zog seinen Beitrittsantrag auch zurück.

Erst unter dem nächsten französischen Präsidenten, Georges Pompidou, wurde die Regierung Frankreichs flexibler. Charles de Gaulle beendete seine politische Karriere im Jahr 1969.

---

<sup>2</sup> Abkürzung EG (Europäische Gemeinschaft) gilt seit 1967 als ein gemeinsamer Ausdruck für drei Europäische Gemeinschaften – EGKS, EWG und Euratom

#### **4.1.1. Die Haager Gipfelkonferenz**

Während der Haager Gipfelkonferenz am 1./2.12.1969 entschieden sich die europäischen Staats- und Regierungschefs für die Durchführung wesentlicher Veränderungen der EWG. Frankreich (Präsident G. Pompidou) und Deutschland (Kanzler W. Brandt) blieben weiterhin die Führungsstaaten der EWG.

##### Zielsetzungen des Gipfeltreffens:

- Norderweiterung,
- Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) bis 1980,
- Vereinigung der EWG-Institutionen unter ein Dach – *Europäische Gemeinschaft (EG)*
- Ausbau der Kompetenzen des Europäischen Parlaments,
- Verschiedene institutionelle Änderungen (z.B. Finanzierung),
- Forderung nach der politischen Zusammenarbeit.

Seit Juni 1970 führten Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen neue Beitrittsverhandlungen mit der EG, die ein Jahr dauerten. Es wurde eine fünfjährige Übergangsfrist für alle vier Länder verabschiedet. Im Januar 1972 wurden die Beitrittsverträge abgeschlossen und traten am 1.1.1973 in Kraft.

Die norwegische Bevölkerung lehnte die EG-Mitgliedschaft im Referendum im September 1972 ab. Während der Übergangsfrist hatte Großbritannien viele Probleme mit seiner Anpassung an die neue Umgebung, vor allem an den Mitgliedschaftsdruck auf die britische Ökonomik. Deshalb schlug der britische Premierminister eine Volksabstimmung über die Fortsetzung der britischen EG-Mitgliedschaft vor. Die Mitgliedschaft wurde im Jahr 1975 bestätigt.

Die Europäische Gemeinschaft bildeten nun die neun Länder. Die erste Erweiterungsphase war sehr lang, sie dauerte vom Jahr 1961 bis zum Jahr 1973. Im Fall Großbritanniens war sie sehr kompliziert. Sie brachte auch viele wichtige Änderungen und schaffte die Grundlage für weitere Erweiterungsphasen.

In den 70er Jahren wurden zahlreiche Reformforderungen und Reformvorschläge vorgelegen. Inhaltlich waren sie auf Verbesserung der Kommunikationsprozesse, Steigerung von

Transparenz des Entscheidungsprozesses, Koordinierung der politischen Zusammenarbeit und auf die Frage des Souveränitätsverlustes durch die EG-Erweiterung gerichtet.

Die Grundsätze für eine engere politische Zusammenarbeit gingen aus dem sog. Davignon-Bericht hervor (benannt nach dem belgischen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission Étienne Davignon). Dieser Bericht hob die Notwendigkeit der europäischen Integration hervor, strebte nach der Gestaltung der „*Europäischen Union*“ und formulierte einen allgemeinen Rahmen der politischen Zusammenarbeit. Die Staats- und Regierungschefs entschlossen sich 1970 über die „*Politische Union*“ zu verhandeln und dann ihre Standpunkte zu diesem Thema vorzulegen.

#### ***4.1.2. Wirtschafts- und Währungsunion***

Der gemeinsame Markt sollte durch eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ergänzt werden. Die WWU stützte sich auf eine feste Wechselkursstruktur und eine uneingeschränkte Währungskonvertibilität mit dem Hauptziel der Inflationsbekämpfung. Gleichzeitig wurden die wirtschafts- und währungspolitische Zuständigkeiten der EG-Mitglieder auf Gemeinschaftsorgane übertragen. Dadurch kam es am 1.1.1979 zur Gründung des *Europäischen Währungssystems (EWS)*. Es basierte auf dem Konzept eines gemeinsamen Wechselkursmechanismus.

Am Anfang der 80er Jahre war aber klar, dass das Ziel der WWU nicht erreicht wurde.

#### ***4.1.3. Zweite Krise der EG***

Seit Mitte der 70er Jahre geschahen viele wichtige politische Ereignisse in Europa. Diese Zeit wurde vor allem von der Krise der Europäischen Gemeinschaft geprägt. Im Vordergrund stand das Problem der Arbeitslosigkeit und des sinkenden Wachstums. Bereits das Jahr 1973 brachte eine Erdölkrise. Die erdölexportierenden Staaten erhöhten die Erdölpreise, gleichzeitig wurde die Kohleförderung für die Energieproduktion aus ökologischen Gründen langsam beschränkt.

Die EG-Institutionen wiesen Probleme mit der Handlungsfähigkeit auf. Innovation war notwendig. Ein weiteres Problem stellte zweifellos der Agrarmarkt vor, deshalb forderte man seine vollständige Reform. Die Produktion von Überschüssen und Garantie vom

unbeschränkten Absatz wurden zu den größten Schwierigkeiten der Agrarpolitik. Fast zwei Drittel der Haushaltsausgaben konzentrierten sich auf den Agrarmarkt. Ohne die rechtzeitige Lösung konnte diese Situation zum finanziellen Kollaps der EG führen.

Verschärfte Krisen und Probleme erhöhten den Reformdruck in der Gemeinschaft. Die Staaten konnten sich auf eine gemeinsame Strategie nicht verständigen. Es kam sogar zu den Vertragsverletzungen durch einzelne Mitgliedstaaten.

## **4.2. Zweite Erweiterungsphase – Süderweiterung**

Die Europäische Gemeinschaft war mit der Süderweiterung grundsätzlich einverstanden, aber es tauchten Widerstände in einzelnen EG-Mitgliedstaaten, insbesondere in Frankreich auf. Die Beitrittsverhandlungen mit Griechenland, Spanien und Portugal dauerten acht Jahre. Die Süderweiterung bedeutete für die EG vor allem die Erweiterung des gemeinsamen Marktes und die Stärkung der weltpolitischen Stellung. Demgegenüber standen aber Entwicklungsunterschiede zwischen den EG-Mitgliedstaaten und den neuen Beitrittsländern als ein schwerwiegendes Hindernis.

Die Gemeinschaft stellte sich die Aufgabe, für den ganz unterschiedlichen Wirtschaftsraum eine gemeinsame Strukturpolitik zu entwerfen. Weiter forderte sie eine gemeinsame Wirtschafts- und Währungspolitik, eine gemeinsame Außenpolitik, eine gemeinsame Regional- und Sozialpolitik und neue Institutionen. In diesem Zusammenhang entstanden neue wichtige Reforminitiativen.

### ***4.2.1. Genscher-Colombo Initiative und „Feierliche Deklaration“***

Auf der Grundlage der EG-Reform entstand im Jahr 1981 ein neues Programm für die Etablierung der „Europäischen Union“ wie einer politischen Institution. Der deutsche Außenminister H.-D. Genscher und der italienische Außenminister E. Colombo legten einen Vertrag – die „Europäische Akte“ mit folgenden Zielen vor:

- Stärkere politische Zusammenarbeit,
- Führungsposition des Europäischen Rates in der EU,
- Kompetenzerweiterung des Europäischen Parlaments,

- Einbeziehung der Sicherheitspolitik,
- Zusammenarbeit im kulturellen und rechtlichen Bereich,
- stärkere wirtschaftliche Integration.

Die schwierigen Verhandlungen mit den übrigen Ländern über diese Initiative wurden frühzeitig aufgegeben. Trotz diesem Misserfolg wurde schon im Jahr 1983 die „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“ auf dem Stuttgarter Gipfel verabschiedet. Sie forderte vor allem Einnahmenerhöhung der EG, strengere Haushaltsdisziplin, Reform des Agrarmarktes, Erweiterung der EG durch den Beitritt von Spanien und Portugal usw.

Das Europäische Parlament (EP) beteiligte sich intensiv an den Reformen. Die EP-Abgeordneten hatten vor, die Europäische Verfassung auszuarbeiten. Ihr Entwurf wurde vom EP im Jahr 1984 verabschiedet und dadurch wurde die Gründung der *Europäischen Union* angenommen.

#### ***4.2.2. Einheitliche Europäische Akte***

Der deutsche Kanzler Helmut Kohl und der französische Präsident Francois M. Mitterrand arbeiteten Mitte der 80er Jahre ein gemeinsames Konzept zur „*Politischen Union*“ Europas aus. Die Bundesregierung wollte vor allem den Binnenmarkt endlich realisieren und die Effektivität europäischer Entscheidungsprozeduren steigern. Dies war nur durch Änderungen der Römischen Verträge möglich. Der EWG-Vertrag forderte die Einstimmigkeit in zentralen Fragen des Binnenmarktes, die durch Einführung der Mehrheitsentscheidungen ersetzt sein sollte. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments sollten erweitert werden.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) wurde während des Luxemburger Gipfels im Dezember 1985 verabschiedet und im Februar 1986 von allen zwölf Mitgliedstaaten unterzeichnet. Sie trat 1987 in Kraft.

Die einzelnen Elemente der EEA stellten einen wichtigen Integrationschritt dar:

- Vollendung des Binnenmarktes bis 1992 – die Grundsätze wurden im „Weißbuch zur Vollendung des Binnenmarktes“ beschrieben,
- Neues Entscheidungsverfahren – Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat,

- Zusammenfassung der bestehenden Organisationen unter ein rechtliches Dach,
- Eingliederung der regionalen Politik in die EG-Politiken,
- Festlegung der neuen oder Erweiterung der bestehenden Kompetenzen in manchen Bereichen – z.B. Umwelt-, Forschungs-, Technologie- oder Sozialpolitik.

Außerdem nahm die EG im Jahr 1987 zum erstenmal einen Plan zur internationalen Mobilität für die tertiäre Bildung an. Die Frage der gemeinsamen Bildung wurde erst im Zusammenhang mit der Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes diskutiert.

Durch die EEA wurden die Römischen Verträge ergänzt und modifiziert, gleichzeitig erweiterte sie die Kompetenzen der Gemeinschaft in mehreren Bereichen. Die Einführung von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit war eine Grundvoraussetzung zur Vollendung des Binnenmarktes. Das Ziel der Vollendung des Binnenmarktes bis Ende 1992 verwirklichte die EG leider nicht.

#### ***4.2.3. Der Brüsseler Sondergipfel***

In Westeuropa setzte in den 80er Jahren die Krise fort. Sie wurde durch Steigerung der Erdölpreise, hohe Arbeitslosigkeit und große Inflationsraten geprägt. Die EG-Kommission legte im Jahr 1987 eine Lösung – das „Delors-Paket“ vor (benannt nach dem französischen Präsidenten der Kommission Jacques Delors). Der Brüsseler Sondergipfel fand im Februar 1988 statt und brachte den notwendigen Durchbruch in allen Problembereichen der europäischen Politik:

- Erhöhung der EG-Eigenmittel durch den Ausbau einer neuen Einnahmequellen,
- Verdoppelung der Strukturfonds,
- Reduzierung der Agrarmarktkosten.

Nach dem In-Kraft-Treten der EEA im Jahr 1987 gab es zuerst Zweifel an der Realisierung des Binnenmarktes, dann löste aber der Erfolg des Brüsseler Sondergipfels eine optimistische Zukunftserwartung in Westeuropa aus. Die Vollendung des Binnenmarktes stand weiter im Vordergrund der europäischen Politik und betraf auch verschiedene Auswirkungen.

Der gemeinsame Markt bedeutet eine langfristige umfassende Modernisierung, die sich durch die wachsende Mobilität und Flexibilität, den intensiven Wettbewerb, viele Innovationen auf

dem Markt und damit durch die Anforderungen an Ausbildung und Weiterbildung äußert. Auf dieser Grundlage steigt das Niveau des gesellschaftlichen Lebens sehr schnell. Im Vordergrund der Gestaltung des gemeinsamen Marktes stellte sich auch die Frage nach der sozialen Politik, die einen sozialpolitischen Handlungsbedarf mit sich brachte. Es entwickelte sich die Aufmerksamkeit für sozialpolitische Fragen und den Bedarf an Informationen und Analysen über den gemeinsamen Markt.

Eine der bedeutenden Folgen der Binnenmarktvollendung war der Strukturwandel der Wirtschaften in den Mitgliedstaaten. Dadurch traten die unterschiedlichen Systeme der sozialen Sicherung an, die praktisch zueinander konkurrierten. Erst die Beschlüsse des Gipfels von Maastricht (1991) strebten nach einer konkreten sozialpolitischen Zusammenarbeit.

#### ***4.2.4. Griechenland (1981)***

Griechenland bat um ein Assoziierungsabkommen mit der EWG schon im Jahr 1959. Es wurde angenommen, aber diese Entscheidung hatte in der Wirklichkeit keine große Unterstützung bei einzelnen Mitgliedern. Die Zustimmungsründe waren in diesem Fall rein politisch, also mit dem Ziel der Verstärkung der Sicherheitslage im Mittelmeerraum. Nach zweijährigen Verhandlungen unterschrieben die EG-Mitgliedstaaten und Griechenland das Assoziierungsabkommen. Es beinhaltete eine eventuelle Beitrittsmöglichkeit Griechenlands, aber ohne einen konkreten Zeithorizont.

Aus gleichen Gründen wie im Fall Griechenlands wurde das Assoziierungsabkommen mit der Türkei im Jahr 1964 unterzeichnet. Im Unterschied zu Griechenland legte die EWG der Türkei eine Vorbereitungsfrist fest.

Das Problem war vor allem die wirtschaftliche Rückständigkeit und ein totalitäres, nicht demokratisches Regime. Demzufolge kam es zur offiziellen Aussetzung des Assoziierungsabkommens, die bis zum Fall des totalitären Regimes im Jahr 1974 dauerte. Bereits ein Jahr später reichte Griechenland den Beitrittsantrag in die EG ein. Die Beitrittsverhandlungen fingen im Jahr 1976 an und dauerten fünf Jahre lang, hauptsächlich wegen der zahlreichen griechischen Problemen.

Innenpolitisch sollte der Beitritt Stabilität eines Demokratisierungsprozesses bekräftigen. Andere Sache war die problematische Frage der Dotationen in die rückständige Landwirtschaft und komplizierte Beziehungen Griechenlands mit der Türkei. Auch wenn sich die EG-Mitglieder in der Frage der Mitgliedschaft Griechenlands nicht einig waren, trat der

Beitrittsvertrag mit der EG am 1.1.1981 in Kraft. Er beinhaltet eine fünfjährige Übergangsfrist.

In der Zeit des Assoziierungsabkommens entstanden zwischen Griechenland und der EG engere Beziehungen und Griechenland realisierte eine ganze Reihe der für die Integration notwendigen Schritte. In der heutigen Zeit fördert Griechenland die europäische Integration und weitere Osterweiterung, setzt eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik durch. Trotz der großen Bestrebung und die lange Mitgliedschaft in der EG / EU blieb Griechenland in der Position des schwächsten Mitglieds der EU.

#### ***4.2.5. Spanien und Portugal (1986)***

Spanien und Portugal fochten wie Griechenland auch mit dem Problem der Diktatur. Die Europäische Gemeinschaft forderte für den Beitritt eine etablierte demokratische Ordnung.

Spanien bat um den Abschluss eines Assoziierungsabkommens mit der EWG im Zusammenhang mit dem Beitrittsantrag Großbritanniens im Jahr 1962. Die Gemeinschaft reagierte auf diesen spanischen Anlass mit zweijähriger Verzögerung. Die Verhandlungen begannen drei Jahre später, aber schließlich wurde nur der Vertrag über die Präferenzbeziehungen Spaniens und der EG im Jahr 1970 abgeschlossen. Nach dem Beitritt Großbritanniens in die EG im Jahr 1973 erneuerte Spanien die Assoziierungsverhandlungen.

Portugal bat um die Verhandlungen mit der EWG auch im Jahr 1962, aber im Unterschied zu Spanien forderte es die Aufrechterhaltung der portugiesischen Präferenzbeziehungen mit den EWG-Mitgliedstaaten. Portugal war bereits Mitglied der OEEC und Gründungsmitglied der EFTA, deshalb waren seine internationalen Beziehungen im Vergleich zu Spanien auf einem höheren Niveau. Die EG reagierte auf die portugiesische Forderung auch relativ spät. Der Vertrag über die Präferenzbeziehungen Portugals und der EG wurde im Jahr 1972 unterschrieben und trat am 1.1.1973 in Kraft.

Nach der Einführung der demokratischen Systeme in beiden Staaten, reichten sie im Jahr 1977 ihre Beitrittsanträge in die EG ein. Spanien hatte den Vorteil, dass es kein EFTA-Mitglied war. Spanien unterstützte seine EG-Mitgliedschaft ziemlich stark, weil es ein wirtschaftliches Wachstum erwartete. Demgegenüber war die Situation in Portugal

unterschiedlich – das demokratische System etablierte sich langsamer und weniger eindeutig. Das bedeutendste Problem der beiden Staaten war die Anpassung der wirtschaftlichen Systeme an die Standards der Gemeinschaft. Die EG hielt auch die spanische landwirtschaftliche Produktion für problematisch, weil sie die industrielle Produktion überstieg.

Die Verhandlungen mit den beiden Staaten dauerten länger als acht Jahre. Es wurden die Übergangsfristen für die beiden Staaten beschlossen. Die Beitrittsverträge mit Spanien und Portugal wurden im Jahr 1985 unterzeichnet und traten am 1.1.1986 in Kraft.

Seit dem Jahr 1986 hatte die EG bereits zwölf Mitglieder. Aus der Seite der Spanier und Portugiesen zeigt sich eine stabile Unterstützung der europäischen Integration. Für die EG bedeutete die Erweiterung sowohl politische als auch ökonomische Belastung. Trotz Sorgen und Befürchtungen seitens der Gemeinschaft wurde der Beitritt Spaniens und Portugals zum Erfolgserlebnis der Europapolitik. Zum Beispiel im ganzen Mittelmeerraum stieg die Anzahl der Hochschulstudenten zwischen Jahren 1975 und 1994 dreifach.

### **4.3.Dritte Erweiterungsphase – Norderweiterung**

Der Norderweiterung im Jahr 1995 gingen viele wichtige Ereignisse des Jahrhunderts voraus. Der Beitritt Österreichs, Schwedens und Finnlands, die bisher in der EFTA organisiert waren, bedeutete mehr als nur das wirtschaftliche Interesse der EU, sondern auch eine Vertiefung des Integrationsprozesses. Diese Erweiterung verlief sehr schnell - die Verhandlungen dauerten nur einige Jahre lang. Aus der Seite der EU war diese Erweiterung sowohl politisch, als auch ökonomisch wünschenswert, weil es zum erstenmal zur Erweiterung durch reiche und hochentwickelte Länder kam.

#### ***4.3.1. Der Europäische Wirtschaftsraum***

Im Juni 1990 begannen die Verhandlungen zwischen EFTA und EG über die Gestaltung des *Europäischen Wirtschaftsraums (EWR)*, der beide Organisationen ökonomisch verbinden sollte. Er funktioniert seit dem 1.1.2004.

#### ***4.3.2. Umbruch im Osten***

Bisher herrschte in Europa das System der politischen Bipolarität – das westeuropäische System stützte sich auf Demokratie und das osteuropäische System war unter dem starken Einfluss des sozialistischen Regimes. Nach dem Jahr 1989 übergang die internationale Politik von der Bipolarität zur Multipolarität, was die Anzahl der politischen Akteure in Europa wesentlich erhöhte. Damit wurde auch der ideologische Konflikt zwischen Ost und West beendet.

Die neu entstandenen Politiken führten den Wandel in drei Dimensionen durch: vom totalitären Regime zur Demokratie, von der Planwirtschaft zur Marktwirtschaft und von der Blockstruktur zur nationalen Eigenständigkeit. Die gesellschaftliche Struktur in Osteuropa wurde zerbrochen und neue soziale Gruppen entstanden. Dadurch nahm der soziale Druck auf die neuen Regierungen zu.

Im Vordergrund der europäischen Politik stand zuerst die Behauptung der Demokratie in den neu entstandenen politischen Systemen. Die zweite Herausforderung war die Lösung der ethnischen Konflikte, vor allem in Südosteuropa.

Einen Sonderfall des europäischen Einigungsprozesses stellte die Vereinigung Deutschlands dar. Im Dezember 1989 nahm die EG zum erstenmal ihre Stellung zur deutschen Frage ein. Es gab keine Zweifel, dass die europäischen Nachbarn Interesse an der deutschen Einheit durch Integration hatten. Die ersten freien Wahlen in der Deutschen Demokratischen Republik im März 1990 trugen zur Entscheidung über die Vereinigung Deutschlands bei. Deutschland wurde am 3.10.1990 wiedervereinigt. Der Einigungsprozess Deutschlands beschleunigte die westeuropäische Integration.

#### ***4.3.3. Österreich, Finnland, Schweden (1995)***

Als erstes reichte Österreich seinen Beitrittsantrag in die EG / EU am 17.7.1989 ein, zwei Jahre später am 1.7.1991 Schweden und am 17.3.1992 Finnland. Die Beitrittsanträge reichten auch die Schweiz und zum zweitenmal Norwegen ein. Die Verhandlungen mit der Schweiz begannen überhaupt nicht, weil die Schweizer ihre Teilnahme an den Verhandlungen in der Volksabstimmung ablehnten. Norwegen reichte seinen Beitrittsantrag am 25.11.1992 ein. Es

hatte eine schwierige Stellung, weil die Norweger ihre EG-Mitgliedschaft schon einmal im Jahr 1972 im Referendum ablehnten. Übrigens reichte Schweden seinen ersten Beitrittsantrag in die EG schon im Jahr 1967 ein. Es verlangte weitgehende Ausnahmen, die für die EG nicht annehmbar waren. Dadurch kam es auch nicht zu Beitrittsverhandlungen.

Die Verhandlungen begannen im Februar 1993 und verliefen mit allen Staaten gleichzeitig. Alle Staaten außer Norwegen traten der EU zum selben Datum bei (1.1.1995). Die Norweger lehnten ihre EU-Mitgliedschaft in der Volksabstimmung im Jahr 1994 wieder ab.

Für die Beitrittskandidaten wurden 29 Bereiche festgesetzt, sog. Maastrichter Konvergenzkriterien, darüber man verhandelte. Der Verhandlungsprozess dauerte länger als ein Jahr. Außer Norwegen gelang es allen drei Staaten, die Kriterien bis zum März 1994 zu erfüllen.

Als das größte Problem der Nordländer zeigte sich die Landwirtschaft und die Frage der Alkoholdistribution. Für Finnland, Norwegen und Schweden ist das Staatsmonopol für Alkoholverkauf typisch, was in anderen Staaten ganz unbekannt war. Ein gemeinsames Problem aller Länder war die Bewahrung des Neutralitätsstatuts. Vor allem Österreich und Schweden wollten ihre Neutralitätsstatuten auch im Rahmen der EU behalten.

Der Beitritt Finnlands wurde vor allem ökonomisch motiviert. Nach dem Zerfall der Sowjetunion befand sich Finnland in einer tiefen ökonomischen Krise, die durch den Beitritt in die EG / EU beendet sein sollte. Das zweite Motiv war die neue Bedrohung seitens der ehemaligen Sowjetunion, weil sie eine gemeinsame Grenze haben. Der Beitritt in die EG / EU war für Finnland eine reale Möglichkeit einer weiteren Entwicklung.

Der EU-Beitrittsvertrag Finnlands, Norwegens, Schwedens und Österreichs wurde feierlich während des EU-Gipfeltreffens auf der griechischen Insel Korfu am 24.6.1994 unterzeichnet. Im selben Jahr fanden in allen vier Ländern die Volksabstimmungen über den EU-Beitritt statt. Nur die norwegischen Wähler lehnten die EU-Mitgliedschaft ab. Bis Ende 1994 ratifizierten den EU-Beitrittsvertrag alle von zwölf bisherigen EU-Mitgliedern. Er trat am 1.1.1995 in Kraft.

Nach der Norderweiterung zählt die EU bereits 15 Mitglieder. Man kann diese Erweiterungsphase für überwiegend erfolgreich halten. Finnland und Österreich schlossen sich auch der „Eurozone“<sup>3</sup> an, Schweden steht inzwischen außerhalb. Die Nordländer brachten in die EU neue Themen mit sich, zum Beispiel die Frage der Gleichberechtigung von Geschlechtern oder die Betonung der Ökologie.

---

<sup>3</sup> „Eurozone“ – Bezeichnung für die Staaten, die den Euro akzeptieren

° Quellen:

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z, Baden-Baden, 2005.

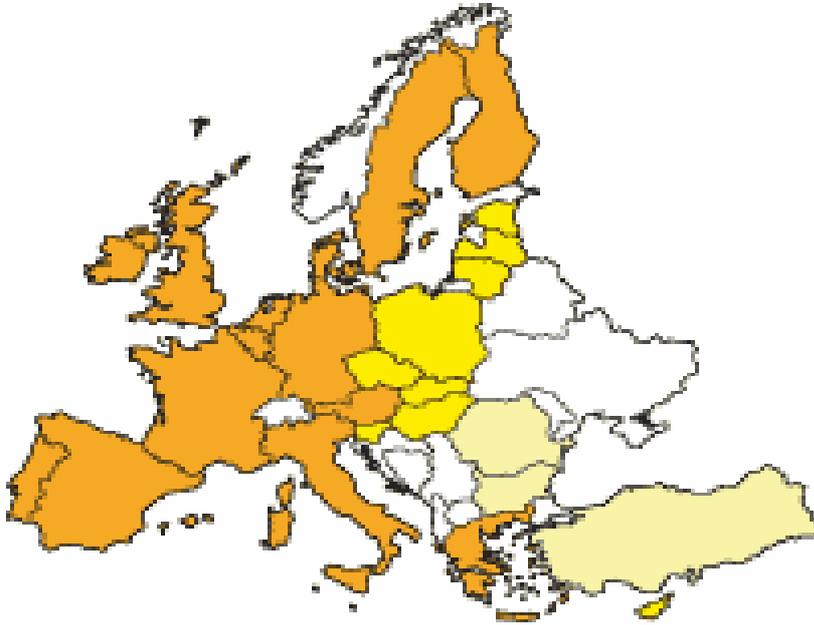
Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute, Reclam, Stuttgart 2002.

Fiala, Petr / Pitrová, Markéta: Rozšiřování ES / EU, Masarykova univerzita v Brně, Brno 2003.

Weidenfeld, Werner: Europa-Handbuch, Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1999.

Fritzler, Marc / Unser, Günter: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Politiken, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.

## 5. Osterweiterung



**BILD: Situation in Europa zum 1.5.2004**

EU-15: Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien.

Neue Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern.

Beitrittskandidaten: Bulgarien, Rumänien, Türkei.

Die Osterweiterung ist eine der weitreichendsten Veränderungen in der Geschichte der Europäischen Union. Die Verhandlungen über die Osterweiterung brachten „die Hoffnung, dass die Teilung Europas überwunden werden kann“<sup>4</sup>. Die Beitrittsverträge mit den acht mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) (Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen) und mit Malta und Zypern wurden abgeschlossen und traten am 1.5.2004 in Kraft.

---

<sup>4</sup> Zitat: Bulletin der EG 12/1989, 15. in: Schimmelfennig, Frank: Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen (2003)

Nach der Wende im Jahr 1989, nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Jahr 1990 und während der verlaufenden Verhandlungen mit den Staaten Mittel- und Osteuropas setzte die EG / EU ihre Integrationslogik des Binnenmarktes und der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) fort. Es wurde auch eine Regierungskonferenz zur „*Politischen Union*“ eröffnet. Die Notwendigkeit der Vertragsänderung war schon unvermeidlich, deshalb wurde diese Veränderung zum Hauptmotiv des Gipfeltreffens in Maastricht im Jahr 1991.

### **5.1.Maastrichter Vertrag – Geburt der Union**

In Maastricht fand am 9. und 10.12.1991 die Maastrichter Konferenz, die die weitgehendste Reform der Römischen Verträge mit sich brachte. Durch den „Vertrag zur Gründung der Europäischen Union“ (sog. EU-Vertrag) wurde die Idee der „*Europäischen Union*“ am 7.2.1992 verwirklicht. Der Vertrag konnte aber nicht in Kraft treten, weil die Abstimmung in Dänemark zunächst gegen die Beschlüsse von Maastricht entschied. Der Vertrag trat nach der Ratifizierung aller EG-Mitgliedstaaten erst am 1.11.1993 in Kraft.

Neben der wirtschaftlichen Integration und politischen Zusammenarbeit umfasste der „EU-Vertrag“ neu die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit der Justiz- und Innenpolitik (ZJIP). Die Vollendung der Währungsunion und die Erweiterung der EP-Kompetenzen im Entscheidungsprozess legte sich die EU als ihre Hauptziele fest. Das Jahr 1992 wird als Jahr der Binnenmarkt-Vollendung bezeichnet.

Das größte Problem in den Verhandlungen über den Maastrichter Vertrag war das europäische Sozialmodell. Die Nationalstaaten sollten die Verantwortung für ihre Bürger tragen. Es gelang nicht, dieses Modell durchzusetzen, weil Großbritannien die Verhandlungen über dieses soziale System blockierte. Schließlich wurde es in den Maastrichter Vertrag nicht einbezogen.

Durch den Abschluss des Maastrichter Vertrags wurde der bedeutendste Schritt in der Bildungspolitik der EU gemacht. Bildung und Ausbildung wurden zu eigenständigen Gemeinschaftsaufgaben. Die Maßnahmen, die die EU für diese Zwecke schaffte, sollten nur unterstützende und ergänzende Funktion haben. Es war eindeutig, dass die EU die finanzielle Förderung von Kooperation der Mitgliedstaaten im Bildungsbereich ausübt. Bei der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde die Souveränität der Mitgliedstaaten betont, vor allem die Verantwortung für die Lehrinhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme.

## 5.2. Europa-Abkommen

Als erstes der Länder, die nach der Norderweiterung den Beitrittsantrag stellte, war die Türkei im Jahr 1987. Im Jahr 1990 folgten mit ihren Beitrittsanträgen Malta und Zypern. Während die Türkei im Jahr 1989 abgelehnt wurde, befürwortete die EU im Juli 1993 die Aufnahme der beiden Inseln.

Seit 1991 führte die EG / EU die komplizierten Verhandlungen mit Polen, Ungarn, mit der Tschechischen Republik, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien und drei baltischen Staaten. In meisten Fällen führten die Verhandlungen zum Abschluss der Assoziierungsverträge, bezeichnete als die „Europa-Abkommen“. Die ersten Europa-Abkommen wurden mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei noch im Dezember 1991 abgeschlossen. Die Verträge mit Polen und Ungarn traten im Jahr 1994 in Kraft und mit der Tschechischen Republik, der Slowakei, Bulgarien und Rumänien im Jahr 1995. Im selben Jahr unterzeichnete die EU die Europa-Abkommen mit Estland, Lettland und Litauen und im Jahr 1996 mit Slowenien.

Die Europa-Abkommen sollten den Staaten volle Beteiligung am europäischen Integrationsprozess ermöglichen, aber sie hatten den EU-Beitritt nicht vor. Die EU-Mitglieder fürchteten die Folgen einer Destabilisierung im Osten Europas (z.B. illegale Migration, organisierte Kriminalität), deshalb war die Assoziation die effizienteste Form der Beziehungen in den 90er Jahren. Zu dieser Situation fand der tschechische Präsident Václav Havel starke Worte in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament im Jahr 1994:

„Wenn die zukünftige europäische Ordnung nicht aus einer sich erweiternden Europäischen Union resultiert, die sich auf die besten europäischen Werte gründet und bereit ist, diese zu vermitteln und zu verteidigen, könnte die Gestaltung der Zukunft in die Hände einer Bande von Verrückten, Fanatikern, Populisten und Demagogen fallen, die auf ihre Chance warten, die schlechtesten europäischen Traditionen zu fördern.“<sup>5</sup>

---

<sup>5</sup> Zitat: Agence Europe, Documents 1874, 16.3.1994,3. in: Schimmelfennig, Frank: Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen (2003)

Die Beitrittskandidaten verlangten, genauso behandelt zu werden wie die Beitrittskandidaten in den früheren Erweiterungsphasen. Es wurde eine Marktöffnung der mittel- und osteuropäischen Länder in den Assoziierungsverträgen vereinbart, doch wurden landwirtschaftliche Produkte ausgeschlossen und Textil- und Lederwaren, Kohle und Stahl beschränkt. Daneben hatten die mittel- und osteuropäischen Länder kein Anrecht auf Unterstützung aus den Strukturfonds und der Agrarpolitik. Trotzdem war die Assoziation aus der Sicht der mittel- und osteuropäischen Länder und unter den Umständen die beste Lösung.

### **5.3. Das Kopenhagener Gipfeltreffen**

Im Jahr 1993 bestätigte die EU in Kopenhagen, dass die Länder mit dem abgeschlossenen Europa-Abkommen nach der Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, so genannten Kopenhagener Kriterien, zu den EU-Mitgliedstaaten werden können. Auf der anderen Seite musste die EU auf die bevorstehende Ausweitung reagieren.

Daraufhin beschloss die EU in Essen im Jahr 1994 eine Beitrittsvorbereitungsstrategie. Dazu erstellte die Europäische Kommission (EK) ein umfangreiches „Weißbuch“ mit detaillierten Schritten und Zielen zur Anpassung der mittel- und osteuropäischen Länder.

### **5.4. Amsterdamer Vertrag**

Die Maastrichter Konferenz war grundsätzlich erfolgreich, sie änderte die EU in manchen Bereichen und führte viele neue Themen ein. Der Maastrichter Vertrag löste aber nicht im genügenden Maß die Frage der Institutionen nach der Erweiterung, die die Konferenz in Amsterdam am 16. und 17.6.1997 lösen sollte.

Die Staats- und Regierungschefs einigten sich nur über die minimalen Vertragsänderungen. Sie legten einen Zeitraum fest, bis zum die Frage der institutionellen Reform gelöst sein musste – das Jahr 2000. Im Vordergrund der Verhandlungen standen neu die gemeinsame Beschäftigungspolitik und der Stabilitätspakt. Die eigentlichen Ziele der Reform, wie zum Beispiel die Handlungsfähigkeit der EU nach der Erweiterung und die Effektivierung, wurden in den Hintergrund gedrängt. Trotzdem trug die Konferenz in zentralen Bereichen zur Vertiefung der europäischen Integration bei. Es handelte sich um folgende Themen:

- GASP wurde durch den „Hohen Vertreter“ gestärkt, der die Außenpolitik der EU repräsentiert,
- Zusammenarbeit in Zivilsachen im Rahmen der Justiz,
- gemeinsame Asyl- und Einwanderungspolitik,
- Innovationen in Entscheidungsprozessen,
- Einführung von Flexibilitätsklauseln usw.

Der Amsterdamer Vertrag wurde trotz zahlreichen Defiziten unterzeichnet. Davon gingen die künftigen Herausforderungen für eine weitere Regierungskonferenz in Nizza aus. Ungelöst blieb in erster Linie die Frage der institutionellen Reform und der Vorbereitung der EU auf ihre Erweiterung.

### **5.5.,,Agenda 2000“**

Im Juli 1997 veröffentlichte die Europäische Kommission (EK) unter dem Kommissionspräsidenten Jacques Santer die „Agenda 2000“ mit ihren Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der zehn assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder. Neben der Frage der institutionellen Reformen waren folgende drei Elemente von Bedeutung:

- Reform der Agrarpolitik, der Strukturpolitik und der Umweltpolitik,
- Erweiterung,
- finanzieller Rahmen für die Jahre 2000 – 2006.

Auf der Grundlage der „Agenda 2000“ wurden alle zehn Beitrittsanwärter nach vier Kriterien auf die Fähigkeit geprüft, ob sie der EU beitreten können:

- a) politische Kriterien,
- b) ökonomische Kriterien,
- c) Fähigkeit zur Übernahme der Mitgliedschaftspflichten,
- d) administrative Fähigkeiten.

## **5.6. Das Luxemburger Gipfeltreffen**

Mit Blick auf diese Kriterien empfahl die Kommission die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit fünf mittel- und osteuropäischen Ländern – mit Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Slowenien und Estland („Luxemburger Gruppe“). Parallel begannen die Beitrittsverhandlungen mit Zypern. Die Länder der zweiten Gruppe – die Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Lettland und Litauen protestierten gegen die Ablehnung der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen.

Im Jahr 1998 kamen in den Vordergrund 31 Verhandlungskapitel, deren Anforderungen die Beitrittskandidaten erfüllen mussten.

## **5.7. Das Gipfeltreffen von Helsinki**

Im Dezember 1999 wurden die Beitrittsverhandlungen mit den übrigen mittel- und osteuropäischen Ländern – Malta, Bulgarien, Rumänien, Lettland, Litauen und der Slowakei („Helsinki-Gruppe“) aufgenommen.

## **5.8. Vertrag von Nizza**

Die Europäische Union findet nur langsam den Weg zur gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Es fehlen ihr vor allem ein einheitlicher Handlungsrahmen, gemeinsame Überzeugungen und Ziele. Nach den Reformgipfeln von Maastricht und Amsterdam kam die Konferenz von Nizza als Drittversuch mit der großen Herausforderung.

Im Dezember 2000 einigten sich die Staats- und Regierungschefs über den Vertrag von Nizza. Die vorhergehenden Verhandlungen zeigten, dass die Kraft der Europapolitik erschöpft ist. Die wichtigsten institutionellen Reformen waren:

- seit 2005 wird die EK einen Kommissar je Land haben,
- Änderung der Stimmengewichtung im Rat der EU,
- Sitzverteilung im EP nach neuen Verhältnissen in der erweiterten Union,
- Auflösung des Vetorechtes, aber nicht für die GASP.

Die Staats- und Regierungschefs teilten mit, dass der Weg zur Osterweiterung nun frei sei. Eine der Zielsetzungen der Konferenz war, spätestens im Jahr 2004 ein Gipfeltreffen mit Beteiligung der Beitrittskandidaten zu eröffnen. Es gelang, die Beitrittsverträge bereits im April 2003 zu unterzeichnen. Die Staats- und Regierungschefs nahmen sich auch eine Vereinfachung der Verträge vor, weil ihr komplizierter Aufbau zur Undurchschaubarkeit des Integrationssystems führte. Die Regierungskonferenz wurde erst im Dezember 2001 abgeschlossen.

Im Jahr 2001 veröffentlichte die EK ihre Berichte über den Stand der Erweiterungsverhandlungen. Sie entwickelte für jedes einzelne Land eine Beitrittsperspektive. Bulgarien und Rumänien befanden sich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in einer tiefen Wirtschaftskrise und wurden deshalb aus der ersten Beitrittswelle ausgeschlossen.

Daraufhin empfahl die EK die Aufnahme der zehn Länder und zum erstenmal nannte sie den Zeitpunkt des EU-Beitritts - das Jahr 2004.

## **5.9. Das Gipfeltreffen von Kopenhagen**

Im Dezember 2002 wurde in Kopenhagen das Ende der Beitrittsverhandlungen für Polen, Ungarn, die Tschechische Republik, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen, Malta und Zypern erklärt. Als Beitrittstermin wurde der 1.5.2004 festgesetzt. Im Rahmen der 31 Verhandlungskapitel wurden in 58 Bereichen Übergangsregelungen vereinbart. Die Übergangsregeln wurden von einzelnen Beitrittskandidaten in unterschiedlichem Maß beansprucht, zum Beispiel hatte Polen 34 und Tschechien 25 Verhandlungsbereiche mit Übergangsregeln. Einige Bereiche waren für alle Kandidaten von besonderer Bedeutung:

- freie Bewegung von Personen,
- freie Bewegung von Kapital,
- Landwirtschaft,
- Kernenergie,
- Institutionen.

Die EU-Beitrittsverträge mit den zehn MOEL wurden im April 2003 unterzeichnet. Folglich fanden die Beitrittsreferenden in allen Kandidatenländern, sowie in allen EU-Mitgliedstaaten statt und Alle bestätigten den EU-Beitritt. Die Beitrittsverträge traten am 1.5.2004 in Kraft.

## 5.10. Schlussfolgerungen

Der Begriff Osterweiterung verweist aus der Richtungsperspektive der EU-15 auf den eher mittel- als osteuropäischen Charakter, weil die mitteleuropäischen, nicht osteuropäischen Länder beitraten. Gar nicht recht zum Begriff der „Osterweiterung“ passen die beiden Mittelmeerinseln Malta und Zypern. Eine bestimmte Distanz zum Rest der mitteleuropäischen Staaten weisen auch die drei baltischen Länder auf.

Nach dem erfolgreichen Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Staaten bietet sich die Frage nach Integrationsaussichten für die Neumitglieder nach dem Jahr 2004 an. Da das Thema der Osterweiterung sehr umfangreich ist und die Zeit von ihrem In-Kraft-Treten relativ kurz ist, scheint es praktisch unmöglich, ihre langfristigen Folgerungen objektiv zu bewerten. Erst die Zukunft zeigt die Erfolge und Probleme der Osterweiterung.

---

° Quellen:

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z, Baden-Baden, 2005.

Fiala, Petr / Pitrová, Markéta: Rozšiřování ES / EU, Masarykova univerzita v Brně, Brno 2003.

Beicht, Timm: Die Europäische Union nach der Osterweiterung, Wiesbaden, 2004.

Hufeld, Ulrich: Nachbarschaften innerhalb der Europäischen Union, Nomos Verlag, Baden-Baden 2007.

Fritzler, Marc / Unser, Günter: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Politiken, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.

<http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Osterweiterung> (Stand 15.2.2008)

## **6. Bildungspolitik der Europäischen Union**

Die Europäische Union ist heute eine der bedeutendsten europäischen Institutionen, die sich mit Bildung beschäftigt. Neben Richtlinien, Entschliefungen, befristeten Aktionen und Projekten im Rahmen von Sozial- und Strukturfonds konzentriert sie sich vor allem auf Aktionsprogramme, zum Beispiel Erasmus, Leonardo da Vinci usw.

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft besaß anfangs nicht die Kompetenz die europäische Bildung zu beeinflussen. Dennoch enthielt der EWG-Vertrag Regelungen zum Bildungswesen der Mitgliedstaaten.

Im Jahr 1987 nahm die Europäische Gemeinschaft zum erstenmal einen Plan zur internationalen Mobilität für die tertiäre Bildungsstufe an. Die Frage der gemeinsamen Bildung wurde erst im Zusammenhang mit der Vorbereitung des europäischen Binnenmarktes diskutiert.

Der bedeutendste Schritt wurde im Jahr 1992 durch den Abschluss des Maastrichter Vertrags gemacht. Bildung und Ausbildung wurden zu eigenständigen Gemeinschaftsaufgaben. Die Maßnahmen, die die EU für diese Zwecke schaffte, sollten nur unterstützende und ergänzende Funktion haben. Es war eindeutig, dass die EU die finanzielle Förderung von Kooperation der Mitgliedstaaten im Bildungsbereich ausübt. Bei der allgemeinen und beruflichen Bildung wurde die Souveränität der Mitgliedstaaten betont, vor allem die Verantwortung für die Lehrinhalte und die Gestaltung der Bildungssysteme.

Alle Organe der EU können zur Bildungspolitik beitragen oder haben die Mitentscheidungsfunktion. Die Europäische Kommission besitzt die Initiativrolle im Entscheidungsverfahren und das Europäische Parlament bestimmt über die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen mit.

### **Die Hauptziele der EU in der allgemeinen und beruflichen Bildung:**

- Förderung qualifizierter, allgemeiner und beruflicher Bildung in den Mitgliedstaaten,
- Förderung des Spracherwerbs,

- Verbesserung der Anpassungsfähigkeit an den industriellen Wandel,
- Förderung der Mobilität von Lehrenden und Lernenden,
- Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen,
- Informations- und Erfahrungsaustausch u.a.

Die Unterstützung der Kooperation der Mitgliedstaaten ist die Hauptaufgabe der EU im Bildungsbereich. Im Juli 2004 schlug die EK einen Plan der neuen EU-Bildungsprogramme vor, demzufolge wurde die Bildungspolitik der EU im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung mit neuen Finanzierungsprogrammen im Jahr 2007 ergänzt. Die Programme Sokrates, Comenius, eLearning u.a. wurden durch ein einziges Gesamtprogramm für lebenslanges Lernen (LLLP-„Life-Long Learning Programme“) anfangs 2007 ersetzt. Zum erstenmal existiert ein einziges Programm für alle Altersgruppen unter einem Dach. Dieses neue Programm soll bis 2013 verlaufen. Aktuell beteiligen sich am neuen „LLLP-Programm“ 31 Länder:

- die 27 EU-Mitgliedstaaten,
- ein EU-Beitrittskandidat – die Türkei,
- die 3 EFTA-Mitglieder – Island, Liechtenstein, Norwegen.

## **6.1.Finanzierungsprogramme der EG / EU bis 2007**

### **SOKRATES-Programm**

Unter der Bezeichnung SOKRATES werden seit 1995 die EU-Bildungsprogramme vereint und die Kooperationsmaßnahmen im allgemeinen Bildungsbereich ergänzt. Es werden die Bildungseinrichtungen in allen EU-Mitgliedstaaten von der Vorschule bis zur Erwachsenenbildung unterstützt.

Die erste planmäßige Phase des Programms dauerte bis zum Jahr 1999. Die zweite Phase begann am 1. Januar 2000 und war zum 31. Dezember 2006 beendet. Ab 1.1.2007 wird das SOKRATES-Programm durch das neue EU-Bildungsprogramm für lebenslanges Lernen (LLLP) ersetzt.

## Das Programm SOKRATES umfasste folgende Aktionsprogramme:

### a) ERASMUS

(European Region Action Scheme for the Mobility of University Students)

Dieses Programm ist nach dem Humanisten Erasmus von Rotterdam benannt. Dieser Teilbereich des SOKRATES-Programms ist ein seit 1987 laufendes Programm, das den Studierenden ermöglicht, einen Teil ihres Studiums im Ausland zu absolvieren. Es fördert die Hochschulkooperation der EU-Staaten und der anderen europäischen Länder (z.B. EU-Beitrittsländer, die Schweiz, Norwegen). Durch ERASMUS wird u.a. die gegenseitige Anerkennung von Hochschuldiplomen und Studienleistungen auf Grund des ECTS-Systems (European Credit Transfer System) und der Austausch von Studenten und Dozenten innerhalb der EU unterstützt. Nebenbei setzt sich dieses Programm auch für die Verbesserung der Qualität der Hochschulbildung ein.

Das ERASMUS-Programm feierte im Jahr 2007 das 20-jährige Jubiläum. Gleichzeitig wurde es neu unter das Gesamtprogramm für lebenslanges Lernen einbezogen. Das Programm ERASMUS wurde zu einem der bekanntesten Organisationen für die Bildung in der Europäischen Union.

### b) COMENIUS

Die Hauptrolle des COMENIUS-Programms war die Förderung von Schulpartnerschaften. Es befasste sich auch mit der Aus- und Weiterbildung des Schulpersonals.

### c) LEONARDO da VINCI

Dieses Aktionsprogramm fasst seit 1995 die Aktivitäten der EU im Bereich der beruflichen Bildung zusammen. Dazu zählen noch die Aus- und Weiterbildung und die Projekte zum Spracherwerb für Jugendliche in der beruflichen Ausbildung.

Im Jahr 1996 ersetzte das Programm die ausgelaufenen Programme: COMETT (Zusammenarbeit der Hochschulen im Bereich der Aus- und Weiterbildung), PETRA (berufliche Erstausbildung), FORCE (berufliche Weiterbildung) und EUROTECHNET (Innovation von Lehrmethoden).

#### d) LINGUA

Das Programm LINGUA befasste sich mit dem Fremdsprachenunterricht im Rahmen der EU. Es förderte die Ausbildung von Lehrern, entwickelte verschiedene Projekte für den Spracherwerb, sowie Materialien zum Fremdsprachenunterricht.

#### e) GRUNDTVIG

Dieses Programm unterstützt Lernpartnerschaften, Erwachsenenbildung, Fortbildung von Lehrkräften der Erwachsenenbildung und entwickelt verschiedene Kooperationsprojekte.

#### f) MINERVA

Das Programm MINERVA erforschte neue Methoden des Unterrichts und der Fernlehre und untersuchte die Möglichkeiten der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien im Bildungswesen.

#### g) TEMPUS

(Trans-European Mobility Scheme for University Studies)

Das Programm TEMPUS, gegründet im Jahr 1990, unterstützt die hochschulpolitische Kooperation der Staaten Mittel- und Osteuropas, der unabhängigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion und der Mongolei.

Mit diesem Programm will die EU auf die spezifischen Bedürfnisse in den mittel- und osteuropäischen Ländern eingehen. Zunächst galt es für Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei, Bulgarien und das ehemalige Jugoslawien. Das Programm konzentriert sich vorrangig auf Fachgebiete, die für die wirtschaftliche und sozial-politische Situation in Mittel- und Osteuropa nach der Wende im Jahr 1989 von besonderer Bedeutung waren. Es hilft bei Umstrukturierung des Hochschulwesens dieser Länder.

## h) eLEARNING

Das eLearning-Programm setzte sich für die Integration von Informations- und Kommunikationstechnologien in die Systeme der europäischen Bildung ein. Dadurch trug es zur Modernisierung und Qualität der allgemeinen und beruflichen Bildung bei.

## 6.2.Finanzierungsprogramme der EU ab 2007

### Programm für lebenslanges Lernen

Nach der Veränderung im Jahr 2007 wurden die SOKRATES-Programme durch vier Unterprogramme des Programms für lebenslanges Lernen (LLL) abgelöst:

- **COMENIUS** – richtet sich auf die Vorschul- und Schulbildung bis zum Ende der Sekundarstufe II, sowie auf die entsprechenden Organisationen und Einrichtungen aus,
- **ERASMUS** – konzentriert sich auf die formale Hochschulbildung, einschließlich der Praktika von Studierenden, sowie auf die entsprechenden Organisationen und Einrichtungen,
- **LEONARDO da VINCI** – ist für Studierende nicht bestimmt, es befasst sich mit der beruflichen Bildung, einschließlich der Praktika und richtet sich auf die entsprechenden Organisationen und Einrichtungen aus,
- **GRUNDTVIG** – konzentriert sich auf die Erwachsenenbildung aller Art, sowie auf die entsprechenden Organisationen und Einrichtungen.

Diese vier Unterprogramme werden noch durch ein **Querschnittsprogramm** ergänzt, das die europäische Zusammenarbeit fördert. Es befasst sich mit verschiedenen Aktivitäten quer durch das Programm für lebenslanges Lernen.

Im Rahmen der Veränderungen entstand ein ganz neues Programm – **Jean Monnet**, das die Organisationen und Einrichtungen im Bereich der europäischen Integration fördert.

## 6.3.Erasmus Student Network

Erasmus Student Network (ESN) ist eine europaweite Studentenorganisation, die im Jahr 1989 in Brüssel gegründet wurde. Sie verfolgt das Ziel, Studierende zu einem Auslandsstudium zu motivieren und ihnen den Aufenthalt in einem fremden Land zu

erleichtern. Sie pflegt die Kontakte zu den Studierenden und unterstützt sie während des Aufenthalts im Alltag, dazu organisiert sie soziale und kulturelle Aktivitäten und Exkursionen und andere Veranstaltungen für Auslandsstudenten.

Die meisten Studenten werden vom ERASMUS-Programm vermittelt. ESN hatte im Jahr 2007 die Niederlassungen (sog. ESN-Sektionen) in 33 Ländern Europas und in Marokko. ESN ist vom ERASMUS-Programm unabhängig.

---

° Quellen:

Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z, Baden-Baden, 2005.

Fiala, Petr / Pitrová, Markéta: Rozšiřování ES / EU, Masarykova univerzita v Brně, Brno 2003.

Fritzler, Marc / Unser, Günter: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Politiken, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.

[http://europa.eu/pol/educ/index\\_de.htm](http://europa.eu/pol/educ/index_de.htm) (Stand 15.2.2008)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer\\_Hochschulraum](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Hochschulraum) (Stand 26.2.2008)

[http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes\\_de.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes_de.html) (Stand 15.2.2008)

<http://www.naep.cz> (Stand 13.1.2008)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Erasmus\\_Student\\_Network](http://de.wikipedia.org/wiki/Erasmus_Student_Network) (Stand 14.3.2008)

## **7. Projektarbeit: Erfahrungen und Erlebnisse der Hochschulstudenten aus dem Auslandsaufenthalt**

### **7.1. Einführung in die Problematik**

Meine Untersuchung „Erfahrungen und Erlebnisse der Hochschulstudenten aus dem Auslandsaufenthalt“ zielt auf die Gruppe der tschechischen Hochschulstudenten, die im Ausland studierten.

In diesem Projekt konzentrierte ich mich sowohl auf die Feststellung der praktischen Fakten (z.B. Dauer des Aufenthalts, Unterkunftskosten und Verpflegung im Ausland usw.), als auch aufs Leben der Studenten im Ausland und ihre Zufriedenheit mit dem Auslandsaufenthalt.

Die Unterlagen für meine Untersuchung erwarb ich durch Kombination von verschiedenen Forschungstechniken, und zwar durch Fragebogen, Studium der schriftlichen Unterlagen (Zeitungen, Internet) und persönliche Befragung.

Die untersuchten Informationen stammten von den tschechischen Hochschulstudenten, die in unterschiedlichen europäischen Kulturen in den Jahren 2006 – 2008 studierten. Es handelt sich um folgende europäische Länder: Deutschland, Österreich, Frankreich, die Schweiz, Norwegen, Schweden, Finnland, Irland, Italien, Portugal und Griechenland.

### **7.2. Ziele der Untersuchung**

Das Hauptziel war vor allem Bearbeitung und objektive Beschreibung der oben genannten Problematik und eine Verallgemeinerung von gesammelten Informationen. Das Sekundärziel war mögliche praktische Ausnutzung der Informationen von den Studenten, die im Ausland in der Zukunft studieren möchten.

### **7.3.Methode der Studentenauswahl für die Untersuchung**

Ich wählte die Unterlagen von den Studenten aus, die an tschechischen Hochschulen und Universitäten unterschiedliche Fächer studierten, und die in einem europäischen Land eine begrenzte Zeit verbrachten. Alle ausgewählten Studenten absolvierten ihren Auslandsaufenthalt durch das ERASMUS-Programm mit dem Zweck des Studiums. Als Untersuchungsmuster wurden 81 tschechische Hochschulstudenten eingezogen.

### **7.4.Vorbereitung und Verlauf der Untersuchung**

#### Fragebogen

Nach der Zusammensetzung des Fragebogens (siehe Anlage, Seite 59) und Durchführung der Studentenauswahl wurde der Fragebogen seit Oktober 2007 bis Januar 2008 an 72 tschechische Hochschulstudenten per Email verschickt. Die so angesprochenen Studenten sollten den Fragebogen ausfüllen und spätestens bis zum 29. Februar 2008 umgehend zurückschicken. Zu diesem Datum waren 49 vollständig ausgefüllte Formulare zurückgeschickt. Das stellt die Rückerstattung von ungefähr 68 % dar.

#### Persönliche Befragung

In dem gleichen Zeitraum, in dem der Fragebogen verschickt worden war, führte ich persönliche Befragung mit den Hochschulstudenten aus Prag und Pardubice durch. Es wurden 9 Studenten über ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus dem Auslandsaufenthalt befragt. Diese Befragung verlief ebenfalls aufgrund des Fragebogens.

#### Untersuchung der schriftlichen Unterlagen (Zeitungen, Internet)

Mit dem Studium der schriftlichen Unterlagen begann ich im April 2007. Die wichtigste Quelle für diesen Teil der Untersuchung war die tschechische Zeitung LIDOVÉ NOVINY. In den Jahren 2006 und 2007 veröffentlichte diese Zeitung viele Berichte von tschechischen Hochschulstudenten über ihren Auslandsaufenthalt. Aufgrund dieser Berichte konnte ich die für mein Projekt wichtigsten und interessantesten Informationen versammeln. Diese verarbeitete ich auch in meine Untersuchung.

## **7.5. Untersuchungsauswertung**

Die Auswertung meiner Untersuchung war eine der wichtigsten, aber auch schwierigsten Teile meines Projekts. Als ich die ausgefüllten Fragebogen gesammelt hatte, musste ich alle gleichen Antworten zusammenzählen, damit ich diese verallgemeinern kann. Selbstverständlich wurden auch die übrigen Antworten und Bemerkungen der Studenten in den Ergebnissen berücksichtigt.

Nachdem ich alle ausgefüllten Fragebögen ausgewertet hatte, bearbeitete ich die schriftlichen Quellen ungefähr gemäß den Themen im Fragebogen. Die aus den allen drei Techniken gewonnenen Angaben wurden dann in ein Informationsganzes integriert, auf dessen Grundlage die Finalergebnisse der Untersuchung entstanden (siehe Kapitel 7.6.).

## **7.6. Erfahrungen und Erlebnisse der tschechischen Hochschulstudenten**

Die Erfahrungen und Erlebnisse der tschechischen Hochschulstudenten sind oft sehr unterschiedlich, aber sie weisen auch viele Gemeinsamkeiten auf. Diese Untersuchung widmet sich besonders den Gemeinsamkeiten, aber erwähnt auch einige wichtige und interessante Besonderheiten und Ausnahmen. Sowohl der Fragebogen als auch diese Kapitel werden in gleiche Themen geteilt.

### **Land und Dauer des Auslandsaufenthalts**

Die meisten von der EU unterstützten Studienaufenthalte dauern in der Regel ein Semester. Während eines solchen Semesters kann der Aufenthalt maximal um ein Semester verlängert werden. 22% der tschechischen Studenten nutzten die Möglichkeit aus und verlängerten ihren Studienaufenthalt. Da die Nachfrage nach Auslandsaufenthalte ständig wächst, sinkt die Chance der Studenten auf eine Aufenthaltsverlängerung. Das allgemeine Ziel des europäischen Bildungssystems ist es – möglichst vielen Studenten eine Chance zu geben, im Ausland eine begrenzte Zeit zu studieren.

Die meisten tschechischen Studenten richten sich an Westeuropa. Alle ausgewählten Studenten studierten in den EU-Mitgliedsländern, viele davon hatten große europäische Städte zum Ziel, wo sich die alten, traditionellen und berühmtesten Universitäten und Hochschulen befinden.

## **Bewerbung**

Wie bereits oben erwähnt, die Nachfrage nach Auslandsaufenthalten übersteigt das Angebot. Deshalb bewerben sich viele Studenten gleichzeitig um zwei Studienplätze im Ausland, damit ihre Chancen steigen. 27% der befragten Studenten waren für eine andere Universität/Hochschule ausgewählt, als für die sie sich primär interessierten. Bei solchem Nachfrageüberschuss ist es einfacher den Studienplatz auf einer kleineren, nicht viel bekannten Universität/Hochschule zu bekommen. Das bedeutet aber nicht, dass diese eine niedrigere Qualität des Studiums anbietet. Unstreitiger Vorteil einer kleineren Universität/Hochschule ist kleinere Anzahl der Bewerber um einen Auslandsaufenthalt. Große Chance haben die Studenten zum Beispiel an den italienischen oder finnischen Universitäten/Hochschulen.

Bereits vor der Abfahrt nach Ausland müssen alle Studenten einige Probleme lösen. Das größte Problem ist die allgegenwärtige Bürokratie. Es gibt kein gemeinsames Formular für die Studienaufenthalte im Rahmen der EU. Große Menge von Dokumenten, Unzahl der Formulare, die man ausfüllen muss, halten die meisten Studenten für den größten Nachteil eines Auslandsaufenthalts. Unzufrieden mit dieser Bürokratie waren 62% der Studenten.

Die Probleme enden aber nicht mit der Anreise ins Ausland, in eine fremde Stadt. Es gibt viele neue Informationen am Anfang, die die Studenten wahrnehmen müssen. Zum Zweck der Orientierung in verschiedenen Dokumenten, im System des Studiums an der Universität/Hochschule, in der neuen Stadt usw. organisieren die Universitäten/Hochschulen so genannte „Welcome Weeks“ / „Orientation Weeks“ oder bieten Hilfe der Tutoren an. Nur 11% der Universitäten/Hochschulen bieten kein solches Programm oder keine Tutorenhilfe an.

## **Unterkunft**

Es gibt viele Möglichkeiten, wo man während des Studienaufenthalts im Ausland leben kann. Die Lebensbedingungen im Ausland, Unterkunftskosten, Höhe des Stipendiums, Entfernung des Wohnortes von der Universität/Hochschule und andere bedeutende Umstände bestimmen, für welche Unterkunft sich der Student entscheidet. Die Lebensbedingungen unterscheiden sich Land zu Land, auch die Studenten haben sehr unterschiedliche Ansprüche.

Die meisten tschechischen Studenten wohnten in Studentenwohnheimen (48%) oder in einer Wohngemeinschaft (WG) (35%), weniger dann in einer Privatwohnung (11%) oder bei einer Gastfamilie (3%).

Zum Beispiel in der Schweiz existieren überhaupt keine Studentenwohnheime. Die Studenten müssen die Unterkunft in einer WG selbst suchen oder oft eine teure Privatwohnung mieten. In Griechenland stehen keine Studentenwohnheime den ausländischen Studenten zur Verfügung, sie sind nur für die heimischen Studenten bestimmt. In Frankreich streben die Studenten besonders nach Studentenwohnheimen, weil andere Unterkunftsmöglichkeiten zu teuer sind. Dagegen im Irland sind die Privatwohnungen billiger als die Studentenwohnheime.

Für fast alle tschechischen Studenten galt die Unterkunft für den höchsten Posten von den Gesamtkosten ab. Besonders hohe Unterkunftskosten sind in Frankreich – oft deckt das ganze Stipendium eben die Unterkunftskosten.

### **Stipendium und Geld**

Viele Studenten sind der Meinung, dass das Stipendium für ihre Ausgaben im Ausland ausreichen würde, wenn sie ein bisschen sparen würden. In der Wirklichkeit brauchten 85% der tschechischen Studenten noch zusätzliche Finanzmittel. Der Mangel an Geld lösten die meisten Studenten durch einen Studentenjob, andere hatten entweder Einsparungen auf ihren Konten oder waren auf Unterstützung durch ihre Eltern angewiesen.

Aus der Sicht der Studenten in Frankreich ist die Frage der Finanzen ziemlich problematisch, weil Frankreich allgemein ein sehr teures Land ist und die dortigen Ämter erlauben es nicht, dass die ausländischen Studenten einen Nebenjob ausüben. Dagegen stehen die südeuropäischen Länder (z. B. Portugal, Griechenland), wo die Gesamtkosten fürs Leben niedriger sind und die Studenten sich keinen Nebenjob suchen müssen.

Die ausländischen Universitäten und Hochschulen bieten den Studenten viele Dienstleistungen und Produkte mit Ermäßigung oder ganz kostenlos an (z.B. Druck, Kopieren, Internetanschluss, Stadtverkehr, kulturelle Veranstaltungen, Sporteinrichtungen usw.). Solche Vorteile genießen die Studenten zum Beispiel in der Schweiz, in Deutschland und Frankreich.

Studiengebühren stellen auch einen bedeutenden Posten in den Gesamtkosten dar. Sowohl die heimischen Studenten als auch die Ausländer müssen die Gebühren bezahlen. 88% der tschechischen Studenten antworteten, dass sie irgendwelche Beiträge oder Studiengebühren der ausländischen Universität/Hochschule bezahlen mussten. Aus diesem Geld finanzieren dann die Universitäten/Hochschulen verschiedene Dienstleistungen für die Studierenden.

### **Veranstaltungen und Seminare**

Die meisten Universitäten und Hochschulen im Ausland bieten den ausländischen Studenten die Möglichkeit an, an den sprachlichen Vorbereitungskursen teilzunehmen. Diese Kurse sind eine gute Hilfe zur Überwindung der anfänglichen Sprachbarriere im Ausland. Das bestätigt 59% der Studenten, die sie ausgenutzt haben.

Was die Anmeldung zu Veranstaltungen und Seminaren betrifft, haben die ausländischen Studenten mehr Vorteile als Nachteile. Sie können fast alle Veranstaltungen und Seminare besuchen, auch wenn diese zu ihrem Fachbereich nicht gehören. Die Anmeldung reicht. Nur 12% der Studenten erwähnten einige Probleme bei ihrer Anmeldung. Trotz des großen Angebotes verschiedener Veranstaltungen und Seminare taucht das Problem mit der Kompatibilität der Fachbereiche der ausländischen Einrichtung mit den Fachbereichen der tschechischen Universität/Hochschule auf.

### **Klausuren und Prüfungen**

Das Bewertungssystem der Studenten unterscheidet sich Land zu Land, Veranstaltung zu Veranstaltung. Es ist eigentlich davon abhängig, was ein Dozent/Professor von den Studenten verlangt. Am häufigsten schreibt man am Ende jedes Semesters einen Test, was 74% der Studenten bestätigten. Sehr strenge Regeln herrschen bei schriftlichen Klausuren im Finnland und zwar, wenn jemand während der Klausur abschreibt oder betrügt, kann ihm der ganze Auslandsaufenthalt beendet werden. Die Regeln sind dort sehr streng.

Mündliche Prüfungen werden an europäischen Universitäten/Hochschulen aus 12% und die Durchlaufsbewertung aus 25% genutzt. Etwa 37% der befragten Studenten antworteten, dass die ausländischen Dozenten/Professoren Hausarbeiten oder schriftliche Essays verlangen, denen Bearbeitung oft sehr zeitaufwendig ist. Als Bewertung wird oft die Kombination von diesen Arten benutzt.

Die tschechischen Studenten bevorzugen an den ausländischen Universitäten/Hochschulen fakultative Veranstaltungen und Seminare, weil diese oft mit einer einfacheren Klausur, Hausarbeit oder nur durchlaufend bewertet werden.

Sowohl bei der Anmeldung zu Veranstaltungen und Seminaren als auch in den Beziehungen zu Dozenten/Professoren haben die ausländischen Studenten einige Vorteile gegen den heimischen Studenten. 44% der tschechischen Studenten sind der Meinung, dass Dozenten/Professoren eine besondere Rücksicht auf die ausländischen Studenten nehmen, besonders bei der Bewertung. Am häufigsten werden Probleme mit der Fremdsprache oder Abwesenheit in einer Veranstaltung, einem Seminar oder andere Art der Bewertung toleriert.

### **Freizeit**

In manchen europäischen Ländern (z.B. Deutschland, Österreich, Portugal) ist es üblich, dass die Studenten oft in verschiedenen Studentenorganisationen, Verbänden und Vereinen aktiv sind. Das gilt in der Regel nicht für die ausländischen Studenten, die sich mehr mit freier Unterhaltung beschäftigen. Besonders für sie organisierten 84% der Universitäten/Hochschulen verschiedene Freizeitveranstaltungen. Es geht meistens um kulturelle Veranstaltungen (z.B. Kinos, Theater, Konzerte), Sportveranstaltungen (z.B. Wettkämpfe, Radausflüge), verschiedene Ausflüge zu interessanten Orten und Sehenswürdigkeiten in der Umgebung usw.

Sehr bekannt und beliebt sind „Erasmus-Parties“ mit dem freien Eintritt für die ausländischen Studenten.

Die heimischen Studenten nehmen an diesen organisierten Veranstaltungen wenig oder überhaupt nicht teil. Gibt es irgendeine öffentliche Party, unterhalten sich die heimischen Studenten miteinander und kommunizieren mit den ausländischen Studenten selten. Ähnlich ist es auch bei gemeinsamen Veranstaltungen und Seminaren, wenn man in Gruppen arbeiten soll. Die heimischen Studenten bilden die Gruppen miteinander und die ausländischen Studenten genauso.

Das ist wahrscheinlich der Grund dafür, warum nur 39% der tschechischen Studenten meinen, dass die Integration der ausländischen Studenten unter die heimischen Studenten gut funktioniert. Es ist oft kein großes Interesse seitens der heimischen Studenten die Zeit gemeinsam zu verbringen. Die tschechischen Studenten finden manchmal schwierig, sich mit

den heimischen Studenten zu befreunden und verbringen ihre Freizeit in der Gesellschaft anderer tschechischen Studenten.

In diesem Gebiet sollte man sich bemühen, das Zusammenleben der heimischen und ausländischen Studenten zu verbessern.

Ganz andere Situation ist in den südeuropäischen Ländern (z.B. Italien, Portugal, Griechenland), wo die Atmosphäre allgemein locker und entspannt ist. Die heimischen Studenten unterhalten sich sehr gerne, egal ob miteinander oder gemeinsam mit den ausländischen Studenten. Sie befreunden sich sehr schnell und einfach, laden die anderen aufrichtig zum Tisch ein und haben keine Probleme mit gemeinsamer Freizeitverbringung.

### **Essen im Ausland**

Das Thema des Essens ist unter den Studenten beliebt und sehr diskutiert. In manchen Ländern (z.B. Griechenland, Portugal) gehört das Essen sogar zu kulturellen Angelegenheiten.

Die meisten tschechischen Studenten (62%) kochten in der eigenen Küche oder in der Küche ihrer WG, 25% verköstigten sich bei der Mensa und 7% in der Cafeteria. Die Gerichte in der Mensa sind meistens teurer als in der Tschechischen Republik, dies meint 78% der befragten Studenten. Dagegen nur 8% der tschechischen Studenten bezahlten fürs Essen in der Mensa weniger als in der Tschechischen Republik.

Zum Beispiel in Griechenland ist das Essen in einigen Mensen ganz kostenlos. Die Auswahl der Gerichte in ausländischen Mensen ist abwechslungsreich, vegetarische Gerichte oder Bioprodukten sind in den westeuropäischen Ländern eine Selbstverständlichkeit.

### **Gesamtbewertung des Auslandsaufenthalts**

Die Anfänge eines Auslandsaufenthalts sind nicht immer einfach, aber die Leute gewinnen dadurch viele wichtige Erfahrungen, die sie dann sowohl im künftigen Beruf als auch im Privatleben ausnutzen können.

Viele tschechische Studenten bewerten ihren Auslandsaufenthalt positiv – sowohl den persönlichen als auch den akademischen Beitrag mit dem Wert von 1 oder 2. 36% der Studenten bewerteten ihren akademischen Beitrag mit dem Wert von 3 und ungefähr 3%

sogar mit dem Wert von 4. Die meisten Studenten bewerten ihren persönlichen Beitrag mit dem Wert von 1 oder 2 (77%).

Die schlechtere Bewertung des akademischen Beitrags kam von den Studenten heraus, die in Griechenland oder in Italien studierten. In Griechenland steht das Studium auf der ersten Stelle nicht, die Universitäten/Hochschulen sind oft wegen des Streiks geschlossen. Die Sprachbarriere spielt auch bestimmte Rolle in den beiden Ländern.

### **7.7.Mehrwert eines Auslandsaufenthalts**

Man sagt, dass jeder Auslandsaufenthalt den Menschen ändert. Die Studenten befinden sich im Ausland in einer neuen Situation, müssen neue Probleme lösen, lernen eine neue Kultur, Leute und oft eine neue internationale Umgebung kennen. Einige erleben sogar einen Kulturschock, weil alles ganz neu ist und sie sich daran gewöhnen müssen. Viele Studenten finden im Ausland interessante Themen für ihre Bachelor- oder Diplomarbeiten oder entdecken ihre künftige Spezialisierung in ihrem Fachbereich.

Die Studenten, die die Chance bekamen, mindestens eine begrenzte Zeit im Ausland zu studieren, haben gegen anderen Studenten einen unstreitigen Vorteil. Sowohl im Privatleben als auch im Beruf können sie aus ihren ausländischen Erfahrungen und Erlebnissen nur gewinnen.

Im Unterschied von den tschechischen Universitäten/Hochschulen sind die Veranstaltungen und Seminare im Ausland mehr praxisorientiert und bereiten die Studenten für ihren künftigen Beruf vor. Die Dozenten/Professoren sind außer ihrer Beschäftigung an der Universität/Hochschule oft in ihren Fachbereichen aktiv tätig.

Während den Seminaren arbeiten die Studenten oft in Gruppen und bearbeiten praktische Aufgaben, Studien oder Projekte. Es ist üblich, dass verschiedene Firmen oder Institutionen solche Projekte den Studenten vergeben, damit sie diese im Rahmen ihres Studiums realisieren und wirkliche Ergebnisse bringen, die oft für die ganze Gesellschaft von Nutzen sind. Das hat einen bedeutenden praktischen Beitrag für die Studenten, weil sie an einer realen Studie oder einem realen Projekt teilnehmen. Sie machen so praktische Erfahrungen

und können sicher sein, dass ihre Arbeit nützlich und sinnvoll ist. Ihre Ergebnisse werden dann in Zeitungen, Zeitschriften oder im Internet veröffentlicht.

Die Studenten profitieren daraus sehr. Sie lernen im Team zu arbeiten, miteinander Diskussionen zu führen, andere Meinungen zu respektieren und eigene Vorschläge durchzusetzen.

Auch die Vorlesungen in den westeuropäischen Ländern sind ein bisschen anders als in der Tschechischen Republik. Die Studenten nicht nur sitzen und Notizen machen, sondern auch sie haben mehr Raum für Diskussion miteinander und mit dem Dozent/Professor. Falls ein Student seine Meinung äußert, ist es wichtig, dass er gute Argumente für seine Behauptung hat, weil Alles erklärt und begründet werden muss.

Die Studenten, die oben genannten Erfahrungen machen, wissen sehr gut, wie schwierig es ist, sich im Ausland durchzusetzen. Sie lernen dort stärker und mehr überzeugend in ihrer Handlung zu sein und werden selbständiger und selbstbewusster. Solche Erfahrungen sind für Alle sehr wertvoll, besonders im künftigen professionellen Leben.

Man darf nicht einen der bedeutenden Gründen eines Auslandsaufenthalts vergessen, und zwar Verbesserungsbedürftigkeit der Fremdsprache. Die meisten Studenten interessieren sich für einen Auslandsaufenthalt eben aus diesem Grund. Obwohl ein bestimmtes Niveau der Fremdsprache am Anfang verlangt wird, kehren die Studenten aus dem Auslandsaufenthalt mit besseren Fremdsprachenkenntnissen zurück. Der Fortschritt liegt besonders in einer praktischen Beherrschung der Fremdsprache und der Fähigkeit in jener Fremdsprache zu überlegen.

Den positiven Beitrag eines Auslandsaufenthalts im Zusammenhang mit Fähigkeit der Kulturanpassung kann man in zwei Richtungen sehen. Einerseits gibt es den Beitrag für den Studenten als eine Individualität, andererseits für die Gesellschaft im Sinne der Bildung eines Multikulturraumes in Europa.

Man eignet sich Wahrnehmung der Sachen und Situationen aus verschiedenen Blickwinkeln an und befreit sich von Vorurteilen über andere Kulturen. Solcher Mensch, der auch fremde Kulturen und Leute kennen lernte, fühlt wahrscheinlich eine größere Offenheit nach anderen Kulturen und Toleranz gegen andere Leute allgemein.

## 7.8. Beschlüsse und Empfehlungen

Die Untersuchung erfüllte die von mir erwarteten Ziele. Die Ergebnisse waren zuverlässig bearbeitet und bestehen aus sowohl allgemeinen Informationen als auch interessanten Bemerkungen und Wahrnehmungen der tschechischen Studenten. Im Hinblick auf die Untersuchungsdurchführung mit Hilfe der tschechischen Studenten, die das reale Umfeld einer ausländischen Universität/Hochschule kennen lernten, empfehle ich den künftigen Bewerber um einen Auslandsaufenthalt meine Untersuchung zu lesen. Sie können sich eine allgemeine Übersicht darüber verschaffen, wie die anderen Studenten ihren Auslandsaufenthalt verbrachten.

Der Auslandsaufenthalt mit der Unterstützung des europäischen Bildungssystems ist ohne Zweifel eine gute Gelegenheit, die man unbedingt ausnutzen sollte. Die Studenten empfehlen das Auslandsstudium eindeutig.

---

### Quellen:

[http://europa.eu/pol/educ/index\\_de.htm](http://europa.eu/pol/educ/index_de.htm) (Stand 15.2.2008)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer\\_Hochschulraum](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Hochschulraum) (Stand 26.2.2008)

[http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes\\_de.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes_de.html) (Stand 15.2.2008)

<http://www.naep.cz> (Stand 13.1.2008)

<http://www.lidovsky.cz/hledej.asp?search=erasmus&hledej.x=12&hledej.y=5> (Stand 2.3.2008)

<http://ozs.vse.cz> (Stand 15.2.2008)

<http://www.upce.cz/mezinarodni-vztahy/> (Stand 29.2.2008)

## **8. Resümee**

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit dem langen Prozess der europäischen Integration und der europäischen Einigung.

Im Fokus des ersten Teils dieser Arbeit stehen die Anfänge der europäischen Integration, die vor allem nach dem 2. Weltkrieg an Bedeutung gewann. Weiterhin werden die Erweiterungsphasen der Gemeinschaft erläutert und näher beschrieben. Die einzelnen Erweiterungsphasen, die auf der Grundlage der bedeutenden Gipfeltreffen der EWG / EG / EU-Vertreter zustande kamen, werden in die West- (1973), Süd- (1981, 1986) und Norderweiterung (1995) aufgeteilt.

Besondere Aufmerksamkeit ist dann der Osterweiterung (2004) gewidmet, durch die die zehn mittel- und osteuropäischen Länder zur EU beitraten.

Schließlich werden die Ergebnisse einer Projektarbeit beschrieben. Diese Untersuchung beschäftigt sich vor allem mit den Erfahrungen und Erlebnissen der Hochschulstudenten, die durch das europäische Bildungsprogramm ERASMUS im Ausland studierten. Die Untersuchung verfolgt das Ziel, die gesammelten Informationen objektiv zu betrachten und zu verallgemeinern. Die Ergebnisse haben einen Informationscharakter und sollten den künftigen Studenten von Nutzen sein.

Diese Bachelorarbeit verfolgt das Ziel, eine Fülle von abgerundeten Informationen über die europäische Integration und ihre Umstände zu gewähren. Sie sollte auch die Gedanken über die Zukunft Europas wecken.

## **9. Resumé**

Předložená bakalářská práce se zabývá dlouhým procesem evropské integrace a evropského sjednocování.

Stěžejním bodem první části práce jsou počátky evropské integrace, která získala na významu především po 2. světové válce. Dále jsou vysvětleny a podrobněji popsány fáze rozšiřování jednotlivých Společenství, ke kterým došlo na základě významných vrcholných schůzek zástupců EHS / ES / EU. Tyto jednotlivé fáze jsou rozděleny na západní (1973), jižní (1981, 1986) a severní rozšíření (1995).

Zvláštní pozornost je pak věnována východnímu rozšíření (2004), na jehož základě přistoupilo k EU 10 zemí střední a východní Evropy.

V závěru práce jsou popsány výsledky projektové práce. Tento výzkum se zabývá především zkušenostmi a zážitky vysokoškolských studentů, kteří studovali v zahraničí prostřednictvím evropského vzdělávacího programu ERASMUS. Výzkum má za cíl získané informace objektivně zpracovat a zevšeobecnit. Výsledky mají informativní charakter a mají být užitečné budoucím studentům.

Tato bakalářská práce si klade za cíl poskytnout čtenáři množství základních informací o evropské integraci a jejích okolnostech. Měla by také vzbudit myšlenku o budoucnosti Evropy.

## **Abkürzungsverzeichnis**

COMETT	Programme of the Community in Education and Training for Technologies (Hochschulkooperationsprogramm)
ECTS	European Credit Transfer System
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFTA	European Free Trade Association (Europäische Freihandelsassoziation)
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EHS	Evropské hospodářské společenství (Europäische Wirtschaftsgemeinschaft)
EK	Europäische Kommission
EP	Europäisches Parlament
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
ERASMUS	European Region Action Scheme for the Mobility of University Students
ES	Evropské společenství (Europäische Gemeinschaft)
ESN	Erasmus Student Network
EU	Europäische Union / Evropská unie
Euratom	Europäische Atom(energie)gemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Währungssystem
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
LLL	Life-Long Learning Programme (Programm für lebenslanges Lernen)
MOE	Mittel- und Osteuropa
MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
OEEC	Organization for European Economic Cooperation (Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit)
TEMPUS	Trans-European Mobility Scheme for University Studies
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
ZJIP	Zusammenarbeit der Justiz- und Innenpolitik

# Quellenverzeichnis

## **Literaturquellen**

- Weidenfeld, Werner / Wessels, Wolfgang: Europa von A bis Z.  
Baden-Baden, 2005.
- Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung von 1945 bis heute.  
Reclam, Stuttgart 2002.
- Jachtenfuchs, Markus / Kohler-Koch, Beate: Europäische Integration.  
Opladen, 2003.
- Beicht, Timm: Die Europäische Union nach der Osterweiterung.  
Wiesbaden, 2004.
- Hufeld, Ulrich: Nachbarschaften innerhalb der Europäischen Union.  
Nomos Verlag, Baden-Baden 2007.
- Fritzler, Marc / Unser, Günter: Die Europäische Union: Geschichte, Institutionen, Politiken.  
Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2007.
- Weidenfeld, Werner: Europa-Handbuch.  
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 1999.
- Fiala, Petr / Pitrová, Markéta: Rozšiřování ES / EU.  
Masarykova univerzita v Brně, Brno 2003.
- Cihelková, Eva / Jakš, Jaroslav a kol.: Evropská integrace – Evropská unie.  
Vysoká škola ekonomická v Praze, Praha 2004.

## **Internetquellen**

- [http://www.cap.lmu.de/download/2002/2002\\_az\\_ww.pdf](http://www.cap.lmu.de/download/2002/2002_az_ww.pdf) (Stand: 12. 4. 2007)
- <http://www.eufis.de/eu-glossar.html> (Stand: 25.6.2007)
- [http://europa.eu/index\\_de.htm](http://europa.eu/index_de.htm) (Stand: 15. 2. 2008)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische\\_Union](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ische_Union) (Stand: 15. 2. 2008)
- [http://europa.eu/pol/educ/index\\_de.htm](http://europa.eu/pol/educ/index_de.htm) (Stand: 15. 2. 2008)
- [http://europa.eu/abc/history/2000\\_today/index\\_de.htm](http://europa.eu/abc/history/2000_today/index_de.htm) (Stand: 26. 2. 2008)
- [http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer\\_Hochschulraum](http://de.wikipedia.org/wiki/Europ%C3%A4ischer_Hochschulraum) (Stand: 26. 2. 2008)
- <http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Osterweiterung> (Stand: 15. 2. 2008)
- [http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes\\_de.html](http://ec.europa.eu/education/programmes/programmes_de.html) (Stand: 15. 2. 2008)
- <http://www.naep.cz> (Stand: 13. 1. 2008)

<http://de.wikipedia.org/wiki/Sokrates-Programm> (Stand: 15. 2. 2008)

<http://de.wikipedia.org/wiki/ERASMUS> (Stand: 15. 2. 2002)

[http://de.wikipedia.org/wiki/Erasmus\\_Student\\_Network](http://de.wikipedia.org/wiki/Erasmus_Student_Network) (Stand: 14. 3. 2008)

<http://www.lidovky.cz/hledej.asp?search=erasmus&hledej.x=12&hledej.y=5>

(Stand: 2. 3. 2008)

<http://ozs.vse.cz> (Stand: 15. 2. 2008)

<http://www.upce.cz/mezinarodni-vztahy/> (Stand: 29. 2. 2008)

**Anlage**

# FRAGEBOGEN

## Bewertung des Auslandsaufenthalts

Universität Pardubice – Philosophische Fakultät  
Autorin: Silvie Garguláková

Sehr geehrte Studenten,  
im Rahmen meines Studiums an der Universität Pardubice sollte ich ein Untersuchungsprojekt zum gewählten Thema („Erfahrungen der Hochschulstudenten mit dem Auslandsaufenthalt“) ausarbeiten. Dank Ihrer Fragebogenausfüllung bieten Sie mir die benötigten Unterlagen für mein Projekt und gleichzeitig aufgrund Ihrer Bewertung geben Sie anderen Studenten die wichtigsten Informationen über Ihre Erfahrungen und Erlebnisse aus dem Auslandsaufenthalt.

Deswegen bitte ich Sie um die Fragebogenausfüllung und die elektronische Zurücksendung an meine Email (incina@centrum.cz) spätestens bis 29.2.2008. Die Ausfüllung nimmt Ihnen nicht mehr als 15 Minuten ein.

Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Zeit und Zusammenarbeit und wünsche viel Erfolg bei Ihrem weiteren Studium.

Ausfüllungshinweise: wählen Sie eine oder mehrere der möglichen Antworten aus und markieren Sie sie mit einem Kreuz, bei einigen Punkten können Sie eine kurze Antwort oder Bemerkung hinzufügen.

### Land und Dauer des Auslandsaufenthalts

1. In welchem Land waren Sie und wie lange dauerte Ihr Auslandsaufenthalt?

Land: .....

Dauer: ..... Semester

2. Denken Sie, die Dauer war:

zu kurz

zu lang

angemessen

### Bewerbung

3. Waren Sie für die Uni/Hochschule ausgewählt, für die Sie sich am meisten interessiert haben?

ja

nein, ich war für andere Uni/Hochschule ausgewählt

4. Die Erledigung der benötigten Dokumente vor der Abfahrt nach Ausland kam Ihnen:

einfach vor

schwer vor

Warum? .....

5. Bietet die ausländische Uni/Hochschule die Möglichkeit an, sich am „Welcome Week“ / „Orientation Week“ teilzunehmen, bzw. Hilfe der Tutoren auszunutzen?
- ja  
 nein, sie bietet kein Programm an

#### Unterkunft

6. Welchen Typ der Unterkunft haben Sie ausgenutzt?
- Studentenwohnheim  
 Wohngemeinschaft (WG)  
 Hotel/Hostel  
 Gastfamilie  
 Privatwohnung  
 andere: .....
7. Bitte, schätzen Sie, wie viel Prozent von den Gesamtkosten Ihre Unterkunftskosten betragen?  
..... Prozent

#### Stipendium und Geld

8. War Ihr Stipendium für Kostendeckung ausreichend oder haben Sie zusätzliche Finanzmittel gebraucht?
- ja, das Stipendium war ausreichend  
 nein  
Welche weiteren Finanzmittel standen Ihnen zur Verfügung?  
.....
9. Haben Sie an der Uni/Hochschule irgendwelche Beiträge bezahlt?
- ja  
Wie viel Euro pro Semester? .....
- nein

#### Veranstaltungen und Seminare

10. Bietet die Uni/Hochschule Vorbereitungskurse für die ausländischen Studenten an?
- ja  
Haben Sie diese ausgenutzt?  ja  
 nein
11. Hatten Sie bei Ihrer Anmeldung irgendwelche Probleme?  
(Vorteile oder Beschränkungen als Ausländer)
- ja  
Welche? Bitte, beschreiben Sie kurz.  
.....
- nein

#### Klausuren und Prüfungen

12. Welche Bewertung wird an der Uni/Hochschule meistens benutzt?
- schriftlicher Test  Durchlaufbewertung  
 mündliche Prüfung  Hausarbeit/Essay  andere .....

13. Nehmen die Professoren/Dozenten eine besondere Rücksicht auf ausländische Studenten?

ja  
Welche? Bitte, beschreiben Sie kurz.

.....  
 nein

#### Freizeit

14. Organisierte die Uni/Hochschule Freizeitveranstaltungen für die ausländischen Studenten?

ja  
Welche zum Beispiel? .....

nein

15. Wie haben Sie Ihre Freizeit verbracht?

.....  
.....

16. Wie ist, Ihrer Meinung nach, die Integration der ausländischen Studenten unter die heimischen Studenten?

funktioniert gut       durchschnittlich       schlecht  
Wenn „schlecht“, warum denken Sie das?

.....

#### Essen im Ausland

17. Welche Möglichkeit der Verpflegung haben Sie meistens genutzt?

Mensa       Küche in Ihrer WG       eigene Küche

Cafeteria       Restaurant/Fast Food       andere .....

18. Wie sind die Preise der Gerichte in der Mensa?

höher als in der Tschechischen Republik  
 vergleichbar  
 niedriger als in der Tschechischen Republik

#### Gesamtbewertung des Auslandsaufenthalts (Skala 1-5, wie in der Schule)

19. Akademischer Beitrag .....

Persönlicher Beitrag .....

Datum:

Alle von Ihnen bereitgestellten Angaben und Antworten werden anonym bearbeitet und nur für Zwecke dieses Projekts benutzt.

## ÚDAJE PRO KNIHOVNICKOU DATABÁZI

Název práce	Die Europäische Integration und der Weg Europas zur Osterweiterung
Autor práce	Garguláková, Silvie
Obor	Německý jazyk pro hospodářskou praxi
Rok obhajoby	2008
Vedoucí práce	PhDr. Jan Čapek, Ph.D.
Anotace	Bakalářská práce se zabývá tématem evropské integrace od jejích počátků, přes jednotlivé fáze rozšíření až po rozšíření EU na východ. Závěrečná část práce je věnována vzdělávací politice EU a výzkumu zkušeností studentů se vzdělávacím programem EU – Erasmus.
Klíčová slova	Europäische Integration, Europäische Union, EU, Osterweiterung, Europa, Erasmus-Programm